

9/1998

Generalsekretär Peter Hintze:

Unser Programm für das 21. Jahrhundert

„Größere Chancen, als sie je eine Generation bisher hatte, wird das Zukunftsprogramm der CDU unseren Kindern und Enkeln auf dem Weg ins 21. Jahrhundert eröffnen.“

Mit diesen Worten beschrieb Generalsekretär Peter Hintze auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann am 16. März, was das Programm der CDU für die nächste Wahlperiode bedeutet.

Wolfgang Schäuble wird – so Hintze – als dem Vorsitzenden der Programmkommission für das Zukunftsprogramm der nächsten vier Jahre eine herausgehobene Rolle zukommen.

Als Eckpunkte für die Arbeit der Programmkommission hat der Bundesvorstand festgelegt:

● Deutschland hat die Chance eines zweiten Wirtschaftswunders, wenn heute und morgen das Richtige getan wird. Peter Hintze: Unsere Reformpolitik zeigt den Zusammenhang zwischen Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit und der wirtschaftlichen und sozialen Kraft, die daraus wächst.

● Von zentraler Bedeutung sind: Modernisierung des Steuersystems, die Zukunftsthemen Bildung, Forschung und Innovation. Peter Hintze: Klare Priorität haben für uns neue Technologien und unsere Europapolitik als Antwort auf die Globalisierung.

Fortsetzung auf Seite 3

HEUTE AKTUELL

● Kampagne gegen Rot-Grün

Generalsekretär Peter Hintze stellt die Aktion „Laß Dich nicht anzapfen“ vor. Seite 6

● Standort Deutschland

Bundeskanzler Helmut Kohl: Klare Ja der Bundesregierung zum Auto. Seite 10

● Sachsen-Anhalt

Das Land braucht den Kurswechsel. CDU läutet die heiße Wahlkampfphase ein. Seite 12

Wahlkampfhilfe: Ein Beispiel zur Nachahmung. Seite 15

● Funktions- und Mandatsträger

Bundeskanzler Helmut Kohl: Die CDU zieht als Partei der deutschen Einheit in den Wahlkampf. Seite 13

● Festvortrag

Wolfgang Schäuble: Was heißt soziale Gerechtigkeit heute? Seite 22

● Kurz & bündig

ARGUMENTE. Zur internationalen Vergleichbarkeit von Arbeitslosenquoten. Seite 37

Kurz & gut

3.500 Neu- einstellungen

plant die Deutsche Luft-
hansa in diesem Jahr. Wie
Frederick Reid, Sprecher
des Bereichsvorstands
Lufthansa Passage Airline,
in Berlin bekanntgab,
werden 2.200 der neuen
Positionen langfristig
sein, etwa 1.300 sind Teil-
zeitangebote für einen
Zeitraum von zwei Mona-
ten bis zu drei Jahren.

Auf ein neues Rekordtief

hat die weltweite Öl-
schwemme mit den da-
durch verursachten niedri-
gen Energiepreisen die
Teuerungsrate in Deutsch-
land gedrückt. Die Preise
für die Lebenshaltung sind
im Februar bundesweit ge-
genüber dem Vorjahres-
monat nur noch um 1,1
Prozent gestiegen. Das ist
der niedrigste Stand seit
Einführung der gesamt-
deutschen Statistik 1991.

Die Quote der Selbständigen

in Deutschland ist von
1990 bis 1996 von 8,8
Prozent auf zehn Prozent
gestiegen. Wie Bundes-
forschungsminister Jür-
gen Rüttgers mitteilte,
ist dadurch in innovati-
ven mittelständischen
Bereichen eine Vielzahl
neuer Arbeitsplätze ent-
standen. Bei entspre-
chender Förderung re-
chnet der Minister, daß in
diesem Jahr allein im Be-
reich der Informations-
und Kommunikationste-
chnik weitere 90.000
Arbeitsplätze entstehen.

Über 165.000 Einfamilien- häuser

sind 1997 genehmigt wor-
den. Das sind 11 Prozent
mehr als vor einem Jahr.
Damit war der Eigenheim-
bau eine wichtige Stütze
der Baunachfrage und hat
– so Bundesbauminister
Eduard Oswald – stabilisie-
rend auf Bautätigkeit und
Beschäftigung gewirkt.

Rot-grüne Wirklichkeit: Das wäre eine andere Republik

Ab Abschaffung der
Wehrpflicht und
Auflösung der
NATO, Erhöhung
des Benzinprei-
ses auf fünf
Mark pro Liter,
Ausstieg aus der
Atomenergie,
Einführung der

Einheitsrente,
Legalisierung
von Haschisch
und Marihuana,
Ablehnung der
akustischen
Überwachung
von Verbrecher-
wohnungen,
Aufweichung

des geltenden
Asylrechts, Ver-
zicht auf Noten
in den ersten
acht Schuljah-
ren, Ausbil-
dungsplatzab-
gabe als Straf-
geld: das sind
die wichtigsten

Punkte des Wahl-
programms, das
die Grünen auf
ihrer Bundesde-
legiertenkonfe-
renz in Magde-
burg beschlos-
sen haben. Sie
setzen auf Um-
verteilung, be-

schneiden die
Entscheidungs-
freiheit der Bür-
ger, belasten
die Wirtschaft,
bestrafen Lei-
stung, gefähr-
den Arbeitsplät-
ze und die inne-
re Sicherheit.

CDU

**DAS WICHTIGSTE
DER WOCHE
AUF EINER SEITE**

**NR.
9**

"Die Soziologen-Legende vom Ende der Arbeit in Deutschland ist widerlegt. Der Aufschwung hat eingesetzt und erzeugt neue Arbeitsplätze. Die Job-Maschine ist angesprungen."

CDU-Generalsekretär Peter Hintze

Wirtschaft sieht keine Alternative zur Regierung Helmut Kohl

Die Job-Maschine ist angesprungen. Die Signale
mehren sich, daß in Deutschland wieder mehr Ar-
beitsplätze entstehen. Beim Münchener Spitzenge-
spräch der deutschen Wirtschaft hat der Präsident
der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitge-
ber die Erwartung geäußert, daß in den kommen-
den Monaten 500.000 bis 600.000 neue Arbeits-
plätze geschaffen werden. Auch zwei Prozent mehr
Lehrstellen wollen die Unternehmen anbieten.

Die Talsohle am Arbeitsmarkt ist durchschritten.
Das zeigt die Zahl von 400.000 offenen Stellen ge-
genüber 50.000 vor einem Jahr.

Reformkurs richtig und notwendig

Die deutsche Wirtschaft bestätigt: Der finanz-, wirt-
schafts- und sozialpolitische Kurs ist richtig. In ei-
ner gemeinsamen Erklärung formulieren die Ver-
bände: "Die deutsche Wirtschaft hält die Fortset-
zung des von der Regierungskoalition eingeschla-
gen Reformkurses für richtig und notwendig."

Das Programm für mehr Wachstum und Beschäf-
tigung zeigt Wirkung: Die Konjunkturlokomotive
in Deutschland nimmt Fahrt auf. Das Bruttoin-

landsprodukt wird in diesem Jahr um 2 1/2 bis
3 Prozent wachsen. Der Aufschwung macht sich
in fast allen Bereichen breit. Im Bau und im Ein-
zelhandel hapert es noch; aber Auto- und Ma-
schinenbau sind die tragenden Säulen der Kon-
junktur. Unternehmen, die ihre Produktion in
den vergangenen Jahren ins Ausland verlagert
hatten, kehren wieder nach Deutschland zurück.

Mehr Arbeitsplätze in Sicht

Die Zinsen bleiben niedrig. Der Preisanstieg von
1,1 Prozent im Februar ist praktisch Preisstabi-
lität. Ein Arbeitsplatzaufbau zeichnet sich ab.

In dieser Situation muß der Reformkurs unbedingt
fortgesetzt werden. In einem Kurswechsel sehen
die Spitzenrepräsentanten der Wirtschaft große
Gefahren für die Wettbewerbsfähigkeit der Unter-
nehmen und für die Sicherheit der Arbeitsplätze.

Eine Politik, die das Erreichte rückgängig ma-
chen, vor allem die jüngsten Sozialversiche-
rungsreformen zurücknehmen will, würde die
strukturellen Probleme verschärfen, Investitio-
nen verhindern und Arbeitsplätze vernichten.

Gute Zukunft für unser Land

Für ihre unverzicht-
bare Arbeit in unse-
rer Gesellschaft hat
Helmut Kohl den
Wohlfahrtsverbän-
den gedankt. Er bat
sie, in ihrem Engage-
ment für den Näch-
sten nicht nachzulas-
sen. Aus Anlaß eines
Meinungsaustauschs

mit deren Präsiden-
ten und Vorsitzenden
am 4. März im Kanz-
leramt machte der
Bundeskanzler zum
Thema "Zukunft des
Sozialstaates" deut-
lich, daß die soziale
Sicherheit der Bürger
auch in Zukunft ge-
währleistet bleibt.

Rückzug auf der ganzen Linie

Das Deutsche Insti-
tut für Wirtschaftsfors-
chung hat seine Be-
hauptung zurückge-
nommen, daß die
Defizitquote drei und
nicht 2,7 Prozent be-
trage, wie das Stati-
stische Bundesamt
bekannt gegeben hat.
Das DIW räumt ein,

daß es seine Zwei-
fel an der Erfüllung
des wichtigen EURO-
Kriteriums in Un-
kenntnis der tatsäch-
lichen Daten über
Einnahmen und Aus-
gaben der öffentlichen
Körperschaften im
vierten Quartal 1997
gemacht habe.

Vor sechs Wochen klang es noch ganz anders

Kanzleramtschef Friedrich Bohl zur Rücktrittserklärung von Ministerpräsident Johannes Rau:

Ich glaube nicht, daß Clement uns ernsthafte Probleme bereitet. Man sieht ja, daß es in Nordrhein-Westfalen drunter und drüber geht – Stichwort Garzweiler II. Nein. Aber entscheidend ist, daß noch vor sechs Wochen Rau zum Landesvorsitzenden wiedergewählt wurde. Der Abschied, den er jetzt nimmt, findet nicht freiwillig oder kraft besserer Einsicht statt, Rau ist dazu genötigt worden, und das wirft ein bezeichnendes Licht auf sozialdemokratische Solidarität.

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm:

Die SPD wechselt Köpfe aus. Die Politik ist die alte: rot-grün. Der Rücktritt zeigt, daß das rot-grüne Projekt in NRW gescheitert ist. Johannes Rau ist das erste Opfer einer Koalition, die er selbst nicht wollte.

Fortsetzung von Seite 1

- Weiterer Schwerpunkt und „Herzansliegen“ der Politik der CDU ist der Aufbau Ost und die Ausgestaltung der inneren Einheit.
 - Innere Sicherheit und der Schutz des Bürgers vor Gewalt und Verbrechen zählen zu den wichtigsten Zukunftsaufgaben. Peter Hintze: Wir werden Polizei und Justiz wieder die Instrumente in die Hand geben, mit denen sie die Kriminalität wirksam bekämpfen können.
- Schließlich wird sich das Programm mit der Frage auseinandersetzen, welche Wer-

Mit überwältigender Zustimmung

Mit 99 Prozent ist Bundeskanzler Helmut Kohl erneut auf Platz 1 der Landesliste der CDU Rheinland-Pfalz gewählt worden.

In einer kämpferischen Rede vor der Landesvertreterversammlung in Mainz-Finthen am 14. März stimmte der Parteivorsitzende die Delegierten und Kandidaten auf die Bundestagswahl ein. Mit großer Begeisterung reagierten die Delegierten auf seine Ankündigung, die Bundestagswahl zu einem Plebiszit über die Zukunftsfähigkeit Deutschlands zu machen. Die Bundestagswahl am 27. September sei eine der schwersten Wahlauseinandersetzungen in der Geschichte Bundesrepublik, denn SPD und Grüne würden vor Tricks und Täuschungen nicht zurückschrecken, um an die Macht zu kommen.

Landes- und Fraktionsvorsitzender Christoph Böhr sicherte dem Kanzler die volle Unterstützung des Landesverbands zu: „Die CDU setzt bei der Bundestagswahl auf Sieg.“

te unsere Gesellschaft zusammenhalten. In dieser Diskussion wird die Familie eine zentrale Rolle spielen.

Peter Hintze: „Unser Weg ins 21. Jahrhundert ist kein bequemer Weg, aber ein menschlicher Weg, der zum Ziel führt.“

Auf Wunsch des Bundeskanzlers nimmt Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann im Bundesvorstand die besondere Verantwortung für den wirtschaftlichen Teil des Programms wahr.

Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann:

Entscheidung über die besseren Konzepte für die Zukunft

Wir hatten in den letzten Tagen bereits Gelegenheit, das SPD-Wahlprogramm in allen Einzelheiten zu analysieren. Da es jetzt so, wie vorgelegt wurde, im Kern beschlossen ist, ergibt sich ein klares Bild von dem, was die SPD in den kommenden Jahren politisch will.

In vier Punkten wird deutlich, daß sich Herr Schröder, Herr Lafontaine und die SPD ein offenes Image geben, aber ein höchst altmodisches Programm vorstellen.

Beispiel Steuerpolitik: Die SPD sieht zwar zu Recht die Streichung vieler Steuerergünstigungen vor, gleichzeitig aber nur eine minimale Absenkung der Spitzensteuersätze und Steuersätze für die Unternehmen.

Das bedeutet unter dem Strich: Ein großer Teil der deutschen Unternehmen – auch der mittelständischen – müßte mit einer höheren Steuerbelastung rechnen. Das wäre Gift für die Volkswirtschaft und liefe auf ein Arbeitsvernichtungsprogramm hinaus. Ich kann nicht verstehen, warum die SPD aus den steuerpolitischen Debatten, aus der gemeinsamen Überzeugung aller Fachleute nicht gelernt hat, daß eine deutliche Reduzierung der Unternehmenssteuersätze die Überlebensvoraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen auf den Weltmärkten ist.

Zweitens: Die SPD macht eine Fülle von Ankündigungen mit erheblicher Finanzwirkung, ohne dazu eine klare Rechnung vorzulegen und ohne zu sagen, wie sie die Vorhaben finanzieren will.

Ich nenne nur die wichtigsten Punkte:

- Die Erhöhung des Kindergeldes, so wünschenswert sich das anhört, kostet 5,6 Milliarden.
- Die Anhebung des Grundfreibetrages, so schön das klingt, kostet 43,2 Milliarden.
- Die Verdoppelung der Zukunftsinvestitionen auf bestimmten Feldern kostet mindestens 15 Milliarden.

Wenn Sie das alles zusammenrechnen, liegen wir hier schon bei über 60 Milliarden ungedeckter Ankündigungen. Man kann in einer Zeit knapper Kassen zwar Politik

Matthias Wissmann auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Generalsekretär Peter Hintze am 16. März nach der Bundesvorstandssitzung im Konrad-Adenauer-Haus

gegen alles und jedes machen, aber mit Sicherheit nicht gegen Adam Riese.

Drittens: Die SPD versagt bei weiteren strukturellen Reformen nicht nur ihre Mitarbeit. Sie kündigt an, auch bereits durchgesetzte Reformen zurückzunehmen. Das gilt für die Rentenreform, für die Gesundheitsreform, für den Kündigungsschutz und für die Festlegungen bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

Wenn man im 21. Jahrhundert den Lebensstandard der Menschen sichern will, dann darf man nicht das Reformtempo verlangsamen, sondern muß unsere

Volkswirtschaft durch Veränderungen auf den schärfer werdenden Wettbewerb im 21. Jahrhundert vorbereiten. Wer den Weg geht, der im SPD-Programm beschrieben wird, verweigert sich den notwendigen Veränderungen. Und wer hofft, damit Investitionen nach Deutschland zu locken, begeht einen grundlegenden Irrtum.

Die SPD versucht, sich durch schöne Worthülsen und gute Überschriften ein offenes Image zu geben, aber ihr Programm ist höchst altbacken in einer Zeit, wo jeder weiß, daß nur durch eine klare marktwirtschaftliche Strategie auf Dauer Arbeitsplätze gewonnen werden können. Auf nachfrageorientierte Programme setzen, führt zu keinem Erfolg.

Viertens: Wenn man das SPD-Wahlprogramm vor die Folie der beabsichtigten Koalition mit den Grünen und gleichzeitig vor die Erfahrung mit rot-grüner Politik in den Bundesländern legt, dann zeigt sich: Es ist ein Programm der Lähmung unserer Volkswirtschaft und kein Programm der Stärkung der Wachstumskräfte.

Ich erlebe als Bundesverkehrsminister fast täglich: Es kommt mit Wirtschafts- und Verkehrsministern der SPD beispielsweise in Nordrhein-Westfalen oder in Schleswig-Holstein über Infrastrukturprojekte zu vernünftigen Vereinbarungen. Wir sind uns einig, daß wir unser Land modernisieren müssen. In der Praxis aber werden

Koalitionskrisen ausgelöst, wenn auch nur kleine Projekte durchgesetzt werden sollen.

Wie will die SPD im Bund die dringend notwendigen Reformen vorantreiben, wenn sie noch nicht einmal die Kraft hat, mit ihrem Bündnispartner Projekte in den Ländern durchzusetzen? Schröder mag für ein Facelifting der SPD gut sein. Aber das gemeinsame Programm von Schröder und Lafontaine verspricht keine Perspektiven für die Bewältigung der großen Herausforderungen unseres Landes.

Wir werden uns deswegen in den kommenden sechs Monaten nicht nur mit Rot-Grün, sondern auch mit der Substanz des Programms der SPD und ihres Kanzlerkandidaten befassen. Die nächsten sechs Monate werden keine Monate der besten Medieninszenierung sein. Wir werden vielmehr die Frage stellen: Wer hat das bessere Programm für Deutschland?

Es paßt gut dazu, daß Wolfgang Schäuble als Vorsitzender der Programmkommission der CDU bereits heute überzeugende Ausführungen über die Programmatik der Union in den kommenden vier Jahren gemacht hat.

Mehr als in jedem Wahlkampf zuvor wird es um eine Entscheidung über die besseren Konzepte für die Zukunft gehen. Ich glaube, daß wir uns dieser Entscheidung mit Optimismus und Zuversicht stellen können.

Sicherheit in Deutschland

Dem Thema „Kampf dem organisierten Verbrechen“ ist das **Zukunftsforum Innere Sicherheit** gewidmet, zu dem Generalsekretär Peter Hintze für Samstag, den **28. März**, in das Kongreß- und Kulturzentrum **nach Halle** eingeladen hat. Namhafte Vertreter aus Polizei, Justiz und Politik nehmen teil. Prominente Redner sind: Bundesinnenminister Manfred Kanther, Ministerpräsident Bernhard Vogel, der Landesvorsitzende der CDU Sachsen-Anhalt, Karl-Heinz Daehre, und der Spitzenkandidat der CDU für die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 26. April, Christoph Bergner.

Ein Pakt gegen die Bevölkerung

Generalsekretär Peter Hintze am letzten Freitag zur neuen CDU-Kampagne gegen Rot-Grün:

Die CDU hat in dieser Woche an den Tankstellen in Deutschland die Aktion „**Laß dich nicht anzapfen**“ gestartet. Am Beispiel der Grünen-Forderung nach einem Benzinpreis von 5 Mark pro Liter soll den Bürgern bundesweit vor Augen geführt werden, mit welchen gegen die Menschen gerichteten Projekten in Deutschland gerechnet werden mußte, sollte Rot-Grün an die Macht kommen.

Durch einen Spritpreis von 5 Mark pro Liter würde der Autofahrer durchschnittlich um ca. 4.500 Mark (15.000 km Jahresfahrleistung, 9 Liter/100 km Verbrauch) jährlich zusätzlich belastet. Viele könnten sich das Autofahren nicht mehr leisten. Auch die Transportkosten für alle Güter würden steigen. In Deutschland hängt jeder sechste Arbeitsplatz von der Autoindustrie ab. Der Verlust von Hunderttausenden von Arbeitsplätzen in der Automobilindustrie wäre die Folge rot-grüner Verkehrspolitik.

Die Forderungen von Rot-Grün sind ein Pakt gegen die Bevölkerung. Die Benzinpreiserhöhung ist nur die Spitze des Eisbergs.

Rot-Grün will die von der Union durchgesetzten Reformen für Deutschland rückgängig machen. Dies würde den jetzt einsetzenden Aufschwung gefährden. In den letzten Wochen wurde deutlich, daß die Reformen Wirkung entfalten und das zarte Pflänzchen des Aufschwungs feste Wurzeln bekommt. Zwei Monate in Folge ist die Arbeitslosigkeit im Westen gegenüber dem Vorjahr gesunken. Das hatten wir seit langer Zeit nicht mehr.

Rot-Grün würde Deutschland in den Augen der Welt bis auf die Knochen blamieren. Schon jetzt ernten SPD und Grüne nur Kopfschütteln für ihre Vorstellungen. Mit einer Einheitsversorgung, einer Ausbildungsplatzabgabe und immer neuen staatlichen Verteilaktionen würden wir uns im europäischen Vergleich wirtschafts- und sozialpolitisch ins Abseits stellen.

Hang zur Staatswirtschaft

Geht es nach Rot-Grün, wird Deutschland das Land der großen sozialen Hängematte, in dem jeder das gleiche bekommt – egal ob er etwas leistet oder nicht. Mit dem

**Ein
Unglück
kommt
selten
allein:**



Hang zur Staatswirtschaft grenzt sich Rot-Grün deutlich von unseren europäischen Nachbarn ab, die notwendige Reformen erfolgreich vorangetrieben haben.

Generalsekretär Peter Hintze:

Helmut Kohl ist der Garant für ein erfolgreiches Deutschland in einem vereinten Europa

Das Vorhaben von Herrn Schröder, aus Deutschland ein Glied in der Kette der sozialistischen Internationale zu machen, ist ein Schrecken für unser Land und eine Drohung für den Kontinent.

Rot-Grün wirft uns in die Verweigerungs- und Pessimismushaltung der 70er Jahre zurück. Europa braucht ein starkes und verlässliches Deutschland, wie es Bundeskanzler Helmut Kohl überzeugend verkörpert. Wir tun den Menschen in Europa dadurch den be-

sten Dienst, daß wir im Wettbewerb der Kontinente die Weichen so stellen, daß Europa einen Spitzenplatz in der Welt einnimmt. In der Bundestagswahl wird auch die Entscheidung getroffen, wem die Sicherheit und Stabilität unseres Geldes anvertraut wird. Helmut Kohl und die CDU stehen für eine stabile Währung und für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft. Helmut Kohl ist der Garant für ein erfolgreiches Deutschland in einem vereinten Europa.

Rot-Grün verspielt das deutsche Ansehen in der Außenpolitik. Die Abschaffung der Bundeswehr und eine ablehnende Haltung zu friedenschaffenden Einsätzen bei Konflikten wie in Bosnien würde unser außenpolitisches Ansehen beschädigen. Unsere Stimme in der Welt wäre geschwächt. Dies würde uns auch wirtschaftlich schaden.

Rot-Grün wäre eine Gefahr für die innere Sicherheit. Das Sicherheitsbedürfnis der Deutschen wird von Rot-Grün schlicht nicht zur Kenntnis genommen. Ginge es nach den Vorstellungen von Grünen, SPD und PDS, könnten Verbrecherbanden in Deutschland nahezu unbehelligt ihre dunklen Geschäfte planen. Dies hat das gefährliche Zusammenwirken von SPD, Grünen und PDS beim Gesetz über das Abhören von Verbrecherwohnungen deutlich gemacht.

Rot-Grün will Deutschland in der Energiepolitik quasi vom Netz nehmen. Nach Abschaltung der Kernkraftwerke, der Erhöhung des Benzinpreises auf 5 Mark, der

Reduzierung des Flugverkehrs und der Einführung neuer Energiesteuern würden die Menschen auf wichtigen Fortschritt und Wohlstand verzichten müssen. Teure Energie würde die Wirtschaft schwächen und gerade dem kleinen Mann die Annehmlichkeiten des Lebens unmöglich machen.

Gerhard Schröder ist der rot-grüne Kanzlerkandidat. Er kann nicht so tun, als gingen ihn die Forderungen seines Bündnisses nichts an – im Gegenteil.

Schröder ist das Trojanische Pferd, mit dem Rot-Grün in die Bürgergesellschaft eindringen will.

Wir werden im Bundestagswahlkampf 1998 klar machen, daß es um eine Richtungsentscheidung für Deutschland geht. Es geht darum, ob die Koalition der Mitte wieder einen klaren Regierungsauftrag erhält und die Politik der Reformen fortsetzen kann oder ob das rot-grüne Bündnis, möglicherweise gestützt von der PDS, den Marsch in eine andere Republik einschlägt. ■

Grüne wollen 5 DM pro Liter Benzin:

Selbstmord für den Standort Deutschland

Die im Grünen-Wahlprogramm aufgestellte Forderung nach einer drastischen Benzinpreiserhöhung auf 5 DM pro Liter gliche bei ihrer Umsetzung einem Selbstmord-Programm für den Standort Deutschland. Die rund 800.000 Arbeitsplätze im deutschen Kfz-Gewerbe wären hochgradig gefährdet. Auf jeden einzelnen Autofahrer kämen kaum finanzierbare Belastungen zu.

Schon im ersten Jahr würde sich durch eine Anhebung der Mineralölsteuer um 50 Pfennig bei einem durchschnittlichen Autofahrer (9 Liter pro einhundert Kilometer Benzinverbrauch, 15.000 Kilometer Jahresfahrleistung) die Benzinrechnung um 675 DM (rund 50 DM monatlich) erhöhen. Bei einem Benzinpreis von 5 DM pro Liter ergäbe sich schließlich eine Zusatzbelastung von über 4.500 DM jährlich (über 380 DM monatlich).

Eine solche Benzinpreiserhöhung wäre insbesondere sozial ungerecht. Gerade Bürger mit kleineren und mittleren Einkommen und Pendler aus dem ländlichen Raum wären von der drastischen Benzinpreisverteuerung besonders betroffen.

Eine drastische Mineralölsteuererhöhung hätte zugleich dramatische Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Einkommens- und Beschäftigungsstruktur. Bei einer Anhebung des Kraftstoffpreises auf 5 DM gegenüber dem heutigen Niveau würden der Wirtschaft etwa 230 Milliarden DM an Kaufkraft entzogen. Auch wenn diese Gelder später wieder in den privaten Sektor zurückfließen würden, las-

sen sich strukturelle Verwerfungen im Produktions- und Beschäftigungsgefüge der deutschen Wirtschaft nicht vermeiden. Daß davon auch die Automobilindustrie – jeder sechste Arbeitsplatz in Deutschland hängt direkt oder indirekt vom Automobil ab – nicht unberührt bliebe, ist selbstverständlich.

Das ökologische Argument, durch eine drastische Benzinpreiserhöhung würde auch der Umweltschutz vorangetrieben, trägt nur vordergründig. Nachhaltige umweltgerechte Entwicklung bedeutet den Ausgleich von wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Interessen, nicht die einseitige Bevorzugung eines einzelnen Faktors, wie es die Grünen planen. Gerade die deutsche Automobilindustrie hat in den vergangenen Jahren große Anstrengungen zum Umweltschutz unternommen. Mit der stetigen und forcierten Verbesserung der Abgasreinigungstechnik und der freiwilligen Selbstverpflichtung der deutschen Automobilindustrie zum Klimaschutz aus dem Jahre 1996 hat sie hierfür bereits wichtige Vorleistungen erbracht. So will sie bis zum Jahre 2005 den Ausstoß des Treibhausgases CO₂ um 25 Prozent senken. Dies ist ein viel sinnvollerer Weg, als mit der „Preiskeule“ Mineralölsteuererhöhung zu arbeiten.

Kaum abschätzbare Auswirkungen hätte eine drastische Kraftstoffverteuerung auf die in Deutschland bestehenden Wirtschafts- und Siedlungsstrukturen. Eine weitere Verdichtung der Ballungsräume drohte. Das Häuschen im „Grünen“ für den Mittelstand würde zum nicht mehr erfüllbaren Traum.

Die Linke will eine andere Republik

- **Benzinpreis rauf!**
- **Drogen frei!**
- **NATO raus!**

Dies sind nur drei Punkte, die Rot-Grün als Regierung umsetzen wollen.

Dem setzen wir unmißverständlich entgegen: „Mit uns nicht!“

Generalsekretär Peter Hintze hat am 13. März mit der Aktion „Laß Dich nicht anzapfen“ den Start für eine bundesweite Kampagne gegen Rot-Grün gegeben. An Tankstellen und vor Autohäusern, aber auch bei Canvassing-Aktionen in den Fußgängerzonen können wir die Bürgerinnen und Bürger mit unseren Flugblättern

und Aufklebern über die Folgen der 5-Mark-Benzin-Forderung informieren.

Ich möchte Sie nachdrücklich auffordern: Bestellen Sie unser Material mit dem Bestellschein auf Seite 39 und machen Sie Aktionen gegen Rot-Grün vor Ort zu einem Erfolg.

Die Forderungen von Rot-Grün sind ein Pakt gegen die Bevölkerung. Die Benzinpreiserhöhung ist nur die Spitze des Eisbergs.

Mit freundlichen Grüßen

Fünf Mark pro Liter Benzin:

Angela Merkel: Eine völlig unrealistische Preiserhöhung

Bundesumweltministerin Angela Merkel hat die in der Berliner Zeitung aufgestellte Behauptung, die CDU sei in der Frage der Erhöhung des Benzinpreises gespalten, deutlich zurückgewiesen und stellt dazu folgendes klar:

„Ich stimme mit der von Generalsekretär Peter Hintze am 13. März gestarteten Aktion gegen eine Verteuerung des Benzinpreises auf fünf Mark völlig überein und weise die Behauptung zurück, daß die CDU in dieser Frage gespalten sei. Die CDU ist sich darin einig, daß es vor allem um eine Nettoentlastung des Bürgers gehen muß. Dies ist der Kern des von den Regierungsparteien verabschiedeten

Steuerreformkonzepts. Inhalt dieses Konzepts ist auch eine maßvolle Umschichtung von direkten auf indirekte Steuern. Eine solche Umschichtung trägt u. a. dem Gedanken, Ressourcen höher zu besteuern und gleichzeitig

Bundesumweltministerin Angela Merkel weist Bericht der Berliner Zeitung zurück

Lohnnebenkosten zu senken, Rechnung. Die von den Grünen angefachte Diskussion über eine völlig unrealistische Erhöhung des Benzinpreises auf fünf Mark pro Liter ist das völlig falsche Signal.“

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Klares Ja der Bundesregierung zum Auto

Anlässlich der offiziellen Eröffnung des neuen Verwaltungsgebäudes hat Bundeskanzler Helmut Kohl vor rund 350 geladenen Gästen sowie der Unternehmensleitung und Belegschaft der Adam Opel AG die herzlichen Grüße der Bundesregierung übermittelt.

Der Bundeskanzler begrüßte vor allem das mit dem Neubau zum Ausdruck kommende klare Bekenntnis der Adam Opel AG zu ihrem traditionellen Heimatstandort. Der über 100jährige Aufstieg vom Nähmaschinen-Produzenten zu einem Automobilunternehmen von Weltruf stehe bis heute für die prägende Verbundenheit des Unternehmens mit der Region und der Stadt Rüsselsheim.

Die Entscheidung für die neue Unternehmenszentrale in Rüsselsheim sei zugleich eine Entscheidung für den Standort Deutschland. Das Adam Opel Haus sei ein sichtbares Zeichen, daß die Opel AG mit ihren deutschen Standorten einen festen Platz im weltweiten Unternehmenskonzept der Muttergesellschaft General Motors habe – deutsches Know how und deutsche Wertarbeit genieße hohes Ansehen in der Welt.

Den zwischen Unternehmensleitung und Betriebsrat vereinbarten neuen Standortvertrag der Opel AG würdigte der Bundeskanzler als ein gutes Beispiel für konstruktives Miteinander in Deutschland. Nachdrücklich ermutigte er die Opel AG, ihre Investitionspläne in Rüsselsheim ebenso wie an den anderen deutschen Standorten konsequent umzusetzen. Insbesondere forderte er, die Investitionen für

neue zukunftssichere Arbeitsplätze zu nutzen.

Deutschland bleibe zuverlässiger Partner für Investoren. Die Bundesregierung bekenne sich mit einem klaren Ja zum Auto. Das Auto stehe für individuelle Mobilität, persönliche Freiheit und Unabhängigkeit. Diesen Werten fühle sich die Bundesregierung verpflichtet. Natürlich müsse man auch die Schattenseiten des Autos sehen, wie Verkehrsstaus, Lärmbelastungen und die Luftverschmutzung. Die Belastungen gelte es weiter zu reduzieren. Wer aber die Abkehr vom Auto propagiere oder - wie Bündnis 90/Die Grünen in ihrem Wahlprogramm - den Benzinpreis auf 5 DM pro

Das Produktionswachstum geht mit einem Beschäftigungszuwachs einher.

Liter erhöhen wolle, um das Autofahren zu verleiden, schade der Volkswirtschaft, gefährde Investitionen und Arbeitsplätze. Positiv stellte der Bundeskanzler heraus, daß das Thema Umweltverträglichkeit längst zum festen Bestandteil der Unternehmenspolitik in der deutschen Automobil-Industrie gehöre. Dies belege nicht zuletzt der konsequente Innovationskurs der letzten Jahre. Heute könne festgestellt werden, daß sich die Anstrengungen dieses klassischen deutschen Industrieereichs gelohnt hätten. Besonders erfreulich sei, daß das Produktionswachstum wieder mit einem Beschäftigungszuwachs einher-

gehe. Die grundlegenden, zum Teil schmerzhaften Anpassungsmaßnahmen in dieser Branche hätten sich gelohnt. Sie hätten zugleich Signalfunktion für ganz Deutschland.

Knapp zwei Jahre vor Beginn des neuen Jahrtausends hätten die Deutschen allen Anlaß, mit Zuversicht in die Zukunft zu blicken. Der beharrliche Reformkurs der Bundesregierung trage erste Früchte. Die Wirtschaftsaussichten seien positiv. Am Arbeitsmarkt zeichne sich für dieses Jahr eine Besserung ab, in Westdeutschland sei die Trendwende bereits spürbar. Dies untermauere auch der am Vormittag im Kabinett verabschiedete Jahreswirtschaftsbericht 1998. Die Bundesregierung erwarte ein Wirtschaftswachstum von 2 1/2 bis 3 Prozent im laufenden Jahr und einen deutlichen Beschäftigungszuwachs bis Ende des Jahres.

Gleichwohl gebe es keinen Grund, jetzt in den Anstrengungen nachzulassen oder den eingeschlagenen Reformkurs gar zurückzudrehen. Alle blieben gefordert – die Politik ebenso wie die Wirtschaft und die Tarifparteien. Die nach wie vor zu hohe Arbeitslosigkeit gebe die Marschroute weiter vor. Hier gehe es um Millionen Einzelschicksale von Arbeitslosen und deren Familien. Von entscheidender Bedeutung für mehr Investitionen und Arbeitsplätze in Deutschland bleibe die große Steuerreform nach dem von der Bundesregierung vorgelegten, aber von der Opposi-

tion im Bundesrat blockierten Konzept. Der Bundeskanzler bekräftigte, die große Steuerreform zum zentralen Thema im Bundestagswahlkampf zu machen. Er unterstrich zugleich: „Diese Bundesregierung wird ihren Reformkurs konsequent fortsetzen.“ Wer jetzt – wie die SPD – die beharrlich vorangetriebenen Reformen zurücknehmen wolle, dränge Deutschland ins Abseits – Investoren würden abgeschreckt, Arbeitsplätze vernichtet und verhindert.

Unsere Chancen nutzen

Die pünktliche Einführung des EURO werde das Klima für Investitionen und Beschäftigung zusätzlich verbessern. Der Bundeskanzler zeigte sich sicher, daß der EURO – wie im Maastricht-Vertrag vereinbart – zum 1. Januar 1999 eingeführt werde und daß Deutschland von Anfang an dabei sein werde. Entscheidend für die positive Wirkung des EURO sei seine dauerhafte Stabilität. Er sei überzeugt, daß dies erreicht werde. Als wichtiger Baustein des Hauses Europa binde der EURO zugleich die EU als Friedens- und Freiheitsordnung noch stärker zusammen.

„Wir haben alle Chancen für die Zukunft, wenn wir die anstehenden Herausforderungen weiter offensiv angehen,“ so der Bundeskanzler. In vielen Bereichen seien die Weichen erfolgreich gestellt, Deutschland sei wieder im Aufbruch. Er lud alle Anwesenden ein, die Chancen zu nutzen.

Maschinenbau will 20.000 Jobs schaffen

Die Maschinenbau-Branche könnte nach Einschätzung ihres Fachverbandes in diesem Jahr die Produktion um sechs Prozent steigern. Dies erscheine aufgrund einer lebhaften Auslandsnachfrage und eines besseren Inlandsgeschäftes realistisch, sagte der Präsident des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA), Michael Rogowski. Wegen guter Kapazitätsauslastung rechnet der Verband auch mit einer Zunahme der Beschäftigten in der Branche um rund 20.000. „Wenn es gut läuft, können es auch 30.000 sein“, sagte Rogowski.

Das Land braucht den Kurswechsel

CDU in Sachsen-Anhalt läutet die heiße Wahlkampfphase ein

Am Samstag, den 14. März startete die CDU Sachsen-Anhalt in die heiße Phase des Landtagswahlkampfes. Mehr als 1.200 CDU-Mitglieder, Freunde und Gäste der Union, die größtenteils mit Bussen und bereits in Begleitung der lokalen Presse aus den Kreisen anreisten, waren bei bester Stimmung im Frezelt im Magdeburger Herrenkrug versammelt, als der Landesvorsitzende Karl-Heinz Daehre die Veranstaltung um 14.00 Uhr eröffnete.

Herzliche Grußworte richtete der Landesvorsitzende an die Versammelten. Daehre griff die Höppner-Regierung, die in den letzten vier Jahren dem Land die höchste Arbeitslosigkeit aller Bundesländer beschert hat, mit scharfen Worten an. Mit der CDU und Christoph Bergner habe Sachsen-Anhalt alle Chancen, die verlorene Zeit wieder wettzumachen. Der Landesvorsitzende wies auch darauf hin, daß es unter einer SPD-Regierung keine deutsche Einheit gegeben hätte. Dies sei Bundeskanzler Kohl und der Union zu verdanken. Die CDU in Sachsen-Anhalt werde geschlossen in die Landtagswahlen gehen. Er rufe die Bürger in Sachsen-Anhalt auf, sich zahlreich an der Wahl zu beteiligen, um einen Kurswechsel im Lande zu ermöglichen.

Der Vorsitzende des gastgebenden Kreisverbandes, Jürgen Scharf, verwies in seinem Grußwort an die Unionsfreunde ganz besonders auf die unsolide Haushaltspolitik der rot-grünen Koalition. Sie habe es geschafft, in wenigen Jahren Sachsen-Anhalt die höchste Pro-Kopf-Verschuldung aller neuen Bundesländer zu bescheren. Dies sei für das Land, das auf verstärkte

Investitionen angewiesen sei, eine schwere Bürde.

Christoph Bergner, CDU-Fraktionsvorsitzender und Spitzenkandidat für die Landtagswahl, wurde mit langanhaltendem Applaus begrüßt. Er hieß die Gäste der CDU Sachsen-Anhalt zum Wahlkampfauftakt herzlich willkommen und sagte, er sei hochmotiviert und überzeugt, daß die CDU in Sachsen-Anhalt am 26. April wieder stärkste Partei im Lande würde. „Die CDU steht zusammen, gerade wenn der Wind

Wolfgang Schäuble in Magdeburg: Wir sind auf dem richtigen Weg. Die Wahlen sind jedoch noch nicht gewonnen. Wir müssen kämpfen.

von außen besonders scharf weht. Wir stehen zum Kanzler der deutschen Einheit, Helmut Kohl“, so Bergner unter dem anhaltenden Beifall der Anwesenden. Er werde alles tun, daß der Wahlkampfauftakt Signalwirkung habe und auch jene veranlasse, zur Wahl zu gehen, die sich bisher noch nicht entschieden hätten.

Bergner verwies darauf, daß Herr Höppner seine Wahlversprechen nicht gehalten habe. Heute zeige er zwar mit langem Finger auf andere, aber seine Aussagen anlässlich der Landtagswahl 1994, die Arbeitslosigkeit in Sachsen-Anhalt um 5% zu senken, habe er ins Gegenteil verkehrt. Die Landesregierung habe vier Jahre gebraucht, um wachstumshemmende Gesetze, wie etwa das Bildungsfreistellungsgesetz oder

Bundeskanzler Helmut Kohl

Die CDU zieht als Partei der deutschen Einheit in den Wahlkampf

Zu einem Schwerpunktthema in ihrem Wahlkampf will die CDU die Entwicklung in den neuen Bundesländern machen. Das kündigte der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, am 17. März auf einer Konferenz der Funktions- und Mandatsträger der CDU in Berlin an.

Helmut Kohl: Wir werden in besonderer Weise die Probleme und Sorgen der Menschen in den neuen Bundesländern ansprechen. Wichtigstes Thema: Die hohe Arbeitslosigkeit besonders in Ostdeutschland. Die Koalition wird Investitionen in den neuen Ländern vorziehen und dafür sorgen, daß ABM-Mittel voll ausgeschöpft werden. Vieles ist bereits auf den Weg gebracht.

Die CDU werde sich im Wahlkampf um eine klare Sprache bemühen, die – so der Bundeskanzler – auch im Osten verstanden wird. Den Leistungen, die

die Menschen dort vollbracht haben, muß besonderer Respekt gezollt werden. Denn es ist „absolut phänomenal“, was sie in den letzten Jahren erreicht haben.

Wir müssen deutlich machen: „Wir gehören zusammen.“

Für den Wahlkampf kündigte der Bundeskanzler seinen vollen persönlichen Einsatz an: „Ich werde auf allen Straßen und Plätzen wieder sein – wie in den vergangenen Jahren auch.“

Helmut Kohl zeigte sich zuversichtlich über die Chancen bei der Bundestagswahl: Es gibt „sehr viel Zustimmung“ zu unserer Politik. Die CDU werde um jede Stimme kämpfen, und sie werde auch „siegen wie vor vier Jahren“.

Die Konferenz in Berlin hat deutlich gezeigt: Die CDU zieht als die Partei der deutschen Einheit in den Wahlkampf.

das Abtragungsgesetz sowie eine Reihe anderer wirtschaftsfeindlicher Regelungen zu beschließen. Im Gegenzug dazu werde für eine CDU-geführte Landesregierung der erste Schritt ein Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz für Sachsen-Anhalt sein. Es sei in den einzelnen Bundesländern nachweisbar, daß die Höhe der Investitionen jeweils davon abhingen, wie stark der Einfluß der CDU sei. Auch sei der Zusammenhang zwischen der Höhe der Investitionen eines Landes und der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft bzw. der Arbeitslosenquote jederzeit herzustellen.

Zukunft und Chancen der jungen Generation in Sachsen-Anhalt jedoch würden durch die unsolide Haushaltspolitik und die dadurch bedingte hohe Verschuldung des Landes unter der gegenwärtigen Landesregierung mehr und mehr vertan. Als besonders relevant für den weiteren Aufbau des Landes bezeichnete Bergner die dringend erforderliche Verwaltungsreform in Sachsen-Anhalt.

Was das Programm der Grünen betreffe, so würde ihr 5 DM-pro-Liter-Benzin-Vorhaben nicht nur einen Kollaps der Ver-

kehrinfrastruktur sondern im Bereich der Vorsorge auch das Zusammenbrechen der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland nach sich ziehen. Die Forderungen nach Abschaffung der NATO und Halbierung der Bundeswehr seien so abwegig, daß diese kaum ernst genommen werden könnten.

Bergner wies nachdrücklich darauf hin, daß der Kriminalität und Gewalt Einhalt geboten werden müsse. Die sei jedoch mit den Rezepten von Rot-Grün nicht zu erreichen. Gerade im Bereich der Jugendkriminalität sei es für die CDU ein Gebot der Stunde, nach dem Prinzip „Wehret den Anfängen“ zu verfahren.

Die in Sachsen-Anhalt vom Innenminister hochgelobte Polizeistrukturereform zeige lange nicht die beschworenen Erfolge. Eines sei für die CDU jedoch klar, innere Sicherheit sei ohne gut ausgestattete, anerkannte Polizei nicht zu erreichen. Die Haftanstalten des Landes seien nach vier Jahren Rot-Grün derart überbelegt und in einem desolaten Zustand, daß im Justizministerium Vollstreckungsunterbrechungen und Vollstreckungsstopp in Erwägung gezogen würden. Solche Vorhaben stärkten die rechten Rattenfänger im Lande, so Christoph Bergner. Sachsen-Anhalt brauche wieder eine Regierung, die den Zusammenhang zwischen Freiheit und Sicherheit erkenne.

Baustein für Baustein

Sachsen-Anhalt brauche eine andere Bildungspolitik. Das 13. Schuljahr sei gestohlene Lebenszeit. Die von Rot-Grün thematisierte soziale Selektion hänge nicht damit zusammen, ob jemand ab der 5. Klasse ins Gymnasium gehe, sondern weit mehr davon, ob sich die Eltern noch ein 13. Schuljahr leisten könnten. Die CDU stehe für begabungsgerechte Chancen und werde das 13. Schuljahr umgehend abschaffen.

Bergner sagte, es gebe keine Patentlösung für Sachsen-Anhalt. Die CDU werde jedoch Baustein auf Baustein setzen durch mehr Investitionen, wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen, verbesserte Verkehrsinfrastruktur.

„Rot-Grün mit Duldung der PDS ist falsch für den Aufbau unseres Landes. Die CDU tritt an in einem Team, in Gemeinsamkeit. Wir lassen uns durch Agitationen von außen nicht beeindrucken, denn je stärker die CDU desto sicherer wird es einen Kurswechsel geben. Sachsen-Anhalt hat eine bessere Regierung verdient.“

Gastredner Schäuble

Begeistert wurde der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, der als Gastredner am Wahlkampfauftakt teilnahm, begrüßt. Schäuble skizzierte die politische Landschaft sowohl landes- als auch bundespolitisch souverän und humorvoll. Jeder müsse seinen Beitrag zum Gelingen des Gesamten leisten, der bessere Weg sei wichtig, nicht der bequemere. Sachsen-Anhalt habe im Vergleich zu den anderen Bundesländern in den letzten vier Jahren an Boden verloren.

Die Doppelzüngigkeit der Herren Schröder und Lafontaine sei jedoch sprichwörtlich: den neuen Bundesländern erzählen, sie bekämen zu wenig Geld aus Bonn und gleichzeitig den alten Bundesländern einreden, der Osten käme dem Westen zu teuer.

Schäuble räumte ein, daß die Auswirkungen des freien Wettbewerbs auf die Arbeitsplätze in den neuen Bundesländern unterschätzt worden seien. Man habe erkennen müssen, daß die Unternehmen unter den Bedingungen des härteren Wettbewerbs weitgehend nicht konkurrenzfähig waren. Die unglaublichen Leistungen, die dann im Osten seit der Wende erbracht worden seien, könnten gar nicht genügend Anerkennung finden. Er müsse jetzt jedoch an die Unternehmer appellieren, bei

Wahlkampfhilfe in Halle

Ein Beispiel zur Nachahmung

Ihr müßt unbedingt nach Halle kommen! - so die Aufforderung der Frauen-Union der Saale-Stadt bereits bei ihrem Besuch in Meckenheim im letzten Jahr. Was als Gegen-einladung gedacht war, wird **am 17. und 18. April – eine Woche vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt** – wichtiger Wahlkampf-Einsatz sein.

Doris Leistner und Ferdinand Schmitz vom CDU-Stadtverband Meckenheim brauchten nicht lange für die Initiative zu werben. Zwölf Mitglieder des Stadtverbands sind bereit, zusammen mit der dortigen CDU in der Innenstadt von Halle Straßen-Canvassing zu machen. Auch der Spitzenkandidat der CDU Sachsen-Anhalt, Christoph Bergner, wird aller Wahrscheinlichkeit nach mit dabei sein.

Die Meckenheimer werden Broschüren mitbringen, die die Negativbilanzen SPD-regierter Bundesländer vor Augen führen und insbesondere die schleichende Einmischung der PDS in die Politik einer Regierung demonstrieren, an der sie offiziell gar nicht beteiligt ist.

Im Bonner Konrad-Adenauer-Haus stehen ausreichend viele Exemplare zur Verfügung, und auch genügend Sympathiewerbemittel werden mit dabei sein.

Bundesgeschäftsführer Christian Dürig: Wer irgend kann, sollte mitmachen. In Sachsen-Anhalt brauchen wir jede Hand. Eine weitere Wahlperiode mit dieser zur PDS hin offenen Koalition in Magdeburg darf es nicht geben.

verbesserter Ertragslage neue Arbeitsplätze zu schaffen. Auch würden die Mittel der Bundesanstalt für Arbeit auf die neuen Bundesländer konzentriert.

Zum Thema innere Sicherheit müsse gesagt werden, der Staat sei nicht zu stark, um die Freiheit zu bedrohen, manchmal entstehe eher der Eindruck, er sei zu schwach, um seine Bürger zu schützen. So sei die Haltung der Landesregierung in Sachsen-Anhalt, wie z. B. das Abstimmungsverhalten zur technischen Wohnraumüberwachung im Bundesrat, einfach unverantwortlich.

Die Anstrengungen, die von den Ländern der europäischen Union erbracht worden seien, hätten eine nie gekannte Preisstabilität in Europa zustande gebracht. So seien

zu Zeiten, als die SPD noch in Bonn regiert habe, jährliche Preissteigerungen von 8 Prozent die Regel gewesen. Das Beste für die Union sei zweifelsohne, mit Helmut Kohl auf die europäische Einigung zu setzen.

Für die Zukunft gelte, so Schäuble, Leistung zu fördern und zu fordern. Der Standortwettbewerb beginne im Klassenzimmer. Wenn man es beim Radfahren bequem haben wolle, so fahre man bergab. In diese Richtung gehe man mit Rot-Grün und PDS. Die Union verlange etwas mehr, es sei anstrengender, aber es gehe bergauf.

„Noch sind die Meinungsumfragen nicht so, daß wir die Wahlen gewonnen haben. Wir müssen kämpfen, aber wir sind auf dem richtigen Weg“, so Wolfgang Schäuble abschließend. ■

Deutschland muß weiter auf Innovationskurs bleiben

Der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Jürgen Rüttgers, und der Vorstandsvorsitzende der Siemens AG, Dr. Heinrich von Pierer, erklärten zu einem Arbeitstreffen im Siemens-Forschungszentrum München Perlach:

Siemens wird in diesem Jahr erneut rund 10.000 Menschen einstellen: Ingenieure der Elektrotechnik und Informatiker haben wieder exzellente Chancen auf dem Arbeitsmarkt – die Nachfrage übertrifft bereits das Angebot. Die Jobmaschine könnte noch hochtouriger laufen, wenn das Interesse von Studienanfängern an diesen Berufen größer wäre. Wir appellieren an alle jungen Leute, diese Chancen für ihre Karriere zu nutzen!

Die Bundesregierung und die deutsche Wirtschaft haben in den letzten Jahren auf Innovation und Strukturwandel gesetzt. Das top-Programm von Siemens mit seinen Säulen Produktivität, Innovation, Wachstum und Unternehmenskultur ist dafür beispielhaft. Das Siemens-Forschungszentrum in München Perlach setzt mit seinen Entwicklungsschwerpunkten bei Hochtemperatursupraleitungen für die Energietechnik, der Halbleitertechnik und der optischen Übertragung und Verarbeitung von Informationen (Photonik) deutliche Akzente. Diese Zukunftstechnologien schaffen eine Innovationsdynamik, die bald beschäftigungspolitisch spürbar wird. Der Aufschwung schafft neue Chancen auf dem Lehrstellenmarkt: Derzeit bildet Siemens rund 10.000 Lehrlinge aus. Das sind schon jetzt rund 1.000 Lehrlinge über Bedarf. Auch 1998 werden wieder rund 2.600 Lehrstellen angeboten. Das sind im Vergleich zum ohnehin schon hohen Vor-

jahresstand 5 Prozent mehr. Siemens gibt in Deutschland im Jahr 500 Millionen Mark für Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen aus. Die deutschen Unternehmen wollen 1998 zwei Prozent mehr Lehrstellen anbieten.

Die Stärken des deutschen Standorts wie exzellente Ausbildung, hohe Fertigungspräzision, zuverlässiges Auftragsmanagement und flexible Tarifkorridore stehen bei ausländischen Investoren wieder hoch im Kurs. In vielen High-Tech-Bereichen –

Gemeinsame Erklärung des Bundesforschungsministeriums und der Firma Siemens

etwa in der Mikroelektronik, der Biotechnologie oder der Informations- und Kommunikationstechnik – ist der Anschluß an den Weltmarkt geglückt:

- Die Wachstumsraten in der Informations- und Kommunikationsinfrastruktur liegen deutlich höher als in anderen Industrieländern einschließlich der USA: 1997 wurden 2,5 Millionen Mobiltelefon-, 8 Millionen digitale Haupt- und 1,7 Millionen ISDN-Anschlüsse geschaltet. Ende Dezember 1997 waren 21 Millionen PCs installiert – das entspricht einem Plus von 7 Prozent innerhalb eines Jahres.
- Die neuen Medien sind eine Joblokomotive: Die Informationswirtschaft hat ihr eigenes Beschäftigungsprogramm und wird allein in diesem Jahr 90.000 Stellen schaffen. Bereits in den letzten beiden Jahren haben die Anbieter von Handys, Computern, Internet- und Onlinediensten für 100.000 neue Jobs gesorgt.

- Im Welthandel mit Umwelttechnologie belegt Deutschland den Spitzenplatz noch vor den USA. Deutschland hält jetzt einen Weltmarktanteil von 18,7 %, die USA von 18,5 %. Japan liegt mit 14,5 % auf Platz 3.
- Das verarbeitende Gewerbe ist wieder in Form. Die Exporte steigen: 1997 haben deutsche Unternehmen mit 122 Milliarden Mark den höchsten Exportüberschuß in der Geschichte des vereinten Deutschland erzielt. Die Namen deutscher Firmen und Produkte haben auf den Weltmärkten einen guten Klang. Unsere Unternehmen haben durch die Krise in Südostasien auch Marktanteile zurückerobert.
- Durch den Bau von zwei neuen Solarzellenfabriken mit einer Produktionskapazität von 40 MW stößt Deutschland in die Weltspitze bei der Solarzellentechnik vor. 40 MW entspricht 200.000 Solardächern in 10 Jahren. Siemens ist hier Weltmarktführer.
- Mit der neuen Chip-Fabrik von Siemens und Motorola in Dresden entsteht in Deutschland ein Kompetenzzentrum wie im Silicon-Valley.

● Der deutsche BioTech-Markt boomt: Die Anzahl der Biotech-Firmen hat sich in Deutschland von 1995 auf 1997 vervierfacht.

● Wir erleben die Entwicklung einer neuen Gründerkultur in Deutschland: Die Selbständigenquote stieg insgesamt von 1990 auf 1996 von 8,8 Prozent auf 10 Prozent. Der deutsche Markt für Wagniskapital ist heute der führende in Europa.

● Die Ausgaben der Unternehmen für Forschung und Entwicklung sind mit 3,6% im vergangenen Jahr deutlich stärker gestiegen als 1996 (damals 1,6%). Die Planungen der Großunternehmen lassen hoffen, daß die deutsche Wirtschaft, ähnlich wie ihre US-Konkurrenz, den konjunkturellen Aufschwung nutzt und 1998 noch einmal kräftig zulegt.

Das alles ist ein Erfolg der umfassenden Modernisierung von Unternehmen, Strukturen und Angeboten und damit ein Erfolg von Wirtschaft und Politik. Wir sind auf einem guten Weg. Wir wollen das Konzept zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit offensiv weiterführen.

Meyer-Werft will 200 neue Arbeitsplätze schaffen

Die Papenburger Meyer-Werft will noch in diesem Jahr 150 Millionen Mark in die Betriebserweiterung investieren und damit gut 200 Arbeitsplätze schaffen.

Das kündigte Werftbesitzer Bernard Meyer gegenüber der „Neuen Osabrücker Zeitung“ an. Meyer zufolge soll das Baudock zur längsten Schiffbauhalle der Welt vergrößert werden. Die dafür notwendigen Investitionen von mindestens 150 Millionen Mark wolle die Werft aus eigener Kraft und ohne öffentliche Unterstützung realisieren. In Angriff genommen werden soll das Vorhaben nach Darstellung

des Papenburger Unternehmers, sobald Klarheit über das Emssperrwerk herrscht. Diese auf 350 Millionen Mark veranschlagte Stauanlage dient neben dem Hochwasserschutz der Ablieferung von Ozeanriesen der Meyer-Werft.

Benötigt wird das Sperrwerk bereits für zwei Kreuzfahrtschiffe, für die Meyer kürzlich einen Vorvertrag und eine Option unterzeichnete. Sie sind mit 85.000 Bruttoregistertonnen und einem Auftragswert von insgesamt gut einer Milliarde Mark die bislang größten in Deutschland gebauten Passagierschiffe.

Wirtschaft in Wahllaune

Natürlich sind die Statistiker unbestechlich. Bruttoinlandsprodukt ist Bruttoinlandsprodukt – und das, was es nicht mißt, wie die wachsende Schattenwirtschaft, erfaßt Wiesbaden in keinem Jahr. Und dennoch läuft es seit Jahren zuverlässig wie eine Schweizer Uhr: Zum Wahljahr ziehen die Wachstumskurven jeweils deutlich nach oben. Das war 1990 (plus 5,7 Prozent) so, 1994 (plus 2,9 nach minus 1,2 Prozent 1993) und nun auch 1998 wieder! Der Jahreswirtschaftsbericht aus dem Hause des Bundeswirtschaftsministers verheißt für das Wahljahr 1998 ein Wachstum von 2,5 bis 3 Prozent bei einer historisch niedrigen Inflationsrate von unter 1,5 Prozent!

Das sind fast amerikanische Verhältnisse. Und es spricht alles dafür, daß hier nicht der Zweckoptimismus des für die Wirtschaft zuständigen liberalen Ressortchefs die Daten geschüttelt und geschönt hat. So sehr die Freien Demokraten jedes Fünkchen von Erfolg brauchen, um am 27. September die Hürde der 5 Prozent zu nehmen und damit im Bundestag weiter mitzuspielen, **der Umschwung zum Aufschwung ist echt.**

Was macht die deutsche Wirtschaft plötzlich so erfolgreich? Viele der radikalen Schlankheitskuren aus den vergangenen Jahren zeigen endlich Wirkung. Die deutschen Unternehmen sind wieder fit für den harten Wettbewerb draußen auf den Weltmärkten und im eigenen Lande. Der günstigere D-Mark-Kurs, die vorsichtigen Tarifabschlüsse und die niedrigen Realzinsen helfen die innovativen deutschen Produkte zu günstigen Kosten zu produzieren und zu auskömmlichen Preisen abzusetzen. Und so steigen auch endlich die Gewinne wieder. Nicht nur Daimler hat den wirtschaftlichen Elchtest erfolgreich bestanden.

Vor allem die Exporte laufen weiter auf Hochtouren. Die Schatten aus Asien fallen

nicht so lang wie anfänglich befürchtet. Ein erneutes Plus von 7,5 Prozent ist ein eindrucksvoller Beweis für die Exportstärke der deutschen Wirtschaft. Also wird auch wieder ordentlich in Modernisierung und Erweiterung der Anlagen investiert (plus 6 Prozent real). Nur mit den Bauinvestitionen geht es auch in diesem Jahr geringfügig weiter bergab, so daß wieder etliche Baufirmen aufgeben müssen. Das tut weh, vor allem im Osten, weil hier viele Existenzgründer sich im Markt bewähren wollten.

Auch der private Konsum nimmt zu

Anders als 1997 nimmt in diesem Jahr auch der private Konsum endlich, wenn auch bescheiden, zu. Hier warten wir alle noch ungeduldig auf eine wirksame Entlastung durch die überfällige Steuerreform, die die nominalen Steuersätze deutlich senkt und die nötige Transparenz und Gerechtigkeit in unser Steuersystem bringt.

Erste Anzeichen sind auszumachen, daß auch die Beschäftigung endlich langsam wieder zunimmt.

Der Wirtschaftsjahrgang 1998 zeigt aber an, daß nicht mehr nur die „Shareholder“ die Gewinner des Aufschwungs sind. Die Einnahmen der öffentlichen Hände werden wieder reichlicher sprudeln, und erste Zeichen sind auszumachen, daß auch die Beschäftigung endlich langsam wieder zunimmt. Ob es die halbe Million mehr Arbeitsplätze werden, die Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt bis zum Jahresende für möglich hält, oder nur die rund 200.000 im Jahreswirtschaftsbericht, das kann heute keiner wissen. Aber die Zunahme an offenen Stellen in den vergangenen Wochen ist eine gute Basis für Optimismus.

SPD und Grüne für Kernenergieausstieg

Milliardenbelastung für den Standort Deutschland – drastische Nachteile für die Umwelt

Die Grünen haben am 8. März in ihrem Wahlprogramm abermals den „sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie“ beschlossen. Auch im Entwurf des SPD-Wahlprogramms heißt es beinahe gleichlautend: „Die SPD-geführte Bundesregierung wird alles unternehmen, um die Nutzung der Atomkraft so schnell wie möglich zu beenden.“

Der schnellstmögliche Ausstieg aus der Atomenergie hätte fatale Folgen für den Wirtschaftsstandort Deutschland, aber auch für eine erfolgreiche Klimaschutzpolitik in unserem Lande.

Im einzelnen ist festzustellen:

- Rund 40.000 hoch qualifizierte Arbeitsplätze hängen in der Bundesrepublik Deutschland von der friedlichen Nutzung der Kernenergie ab. 1997 haben die deutschen Kernkraftwerke 170,4 Milliarden Kilowatt Stunden Strom produziert. Die Kernenergie trägt damit seit 1988 etwa ein Drittel der Stromversorgung und rund 12 Prozent des gesamten Energieverbrauchs in Deutschland.

- Allein durch den Betrieb deutscher Kernkraftwerke wurde im vergangenen Jahr der Ausstoß von rund 170 Millionen Tonnen des Treibhausgases CO₂ vermindert. Die Kernenergie ist ein wichtiger Bestandteil einer kostengünstigen Klimaschutzstrategie. Auch vor dem Hintergrund der jährlich um rund 90 Millionen Menschen wachsenden Weltbevölkerung kann auf sie selbst bei intensivem Energie sparen und verstärkter Nutzung der erneuerbaren Energien nicht verzichtet werden.

- Ein einseitiger deutscher Verzicht auf die Nutzung der Kernenergie hätte zugleich einen Verlust des Einflusses auf internationale Sicherheitsstandards zur Folge, die nicht zuletzt unsere eigene Bevölkerung schützen.

Besonders dramatische Folgen hätte der von den Grünen und der SPD geforderte Ausstieg aus der Kernenergie für unsere Volkswirtschaft. Bei einem von den Grünen geplanten Sofortausstieg müßten dreistellige Milliardenbeträge (Schätzungen belaufen sich auf bis zu 330 Milliarden DM) in den Neubau von alternativen Kraftwerken investiert werden.

Arbeitsplätze gefährdet

Der Stromverbraucher, Privatkunden wie Unternehmer, müssen schließlich diese Kosten tragen. Insbesondere die Industriestrompreise, die auch heute immer noch über denen wichtiger Wettbewerber liegen, würden sich weiter drastisch verteuern. Zusätzliche Arbeitsplätze in wichtigen Branchen würden hiermit ihre Wettbewerbsfähigkeit verlieren und damit verlorengelangen.

Der von Grünen und SPD geforderte Atomausstieg stellt damit insgesamt eine große Gefährdung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland dar. Ginge es gar nach den Grünen, die neben der Nutzung der Kernenergie auch dem Einsatz von Stein- und Braunkohle aus Umweltgründen keine Perspektive geben wollen, müßten wir praktisch 85 Prozent der gegenwärtigen deutschen Stromerzeugungskapazität aufgeben. Dies würde das endgültige Aus für den Industriestandort Deutschland bedeuten. ■

Am 1. Juli Rentenanpassung in ganz Deutschland

Das Statistische Bundesamt hat jetzt die für die Rentenanpassung zum 1. Juli 1998 erforderlichen Daten vorgelegt. Im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung wird unverzüglich der Referentenentwurf der Rentenanpassungsverordnung 1998 erstellt und anschließend an die Beteiligten (unter anderem Länder, Spitzenverbände der Sozialversicherungsträger, Sozialpartner) versandt.

Nach diesen Daten werden die Renten aus der Rentenversicherung **in den alten Ländern** zum 1. Juli 1998 um 0,44 Prozent erhöht. Die verfügbare Standardrente, der 45 Versicherungsjahre mit Durchschnittsverdienst zugrunde liegen, steigt entsprechend von derzeit rund 1.974 Mark zum 1. Juli 1998 auf rund 1.980 Mark.

In den neuen Ländern werden die anpassungsfähigen Renten aus der Rentenversicherung zum 1. Juli 1998 um 0,89 Prozent angehoben. Hierdurch steigt die verfügbare Standardrente von derzeit rund 1681 Mark auf rund 1.694 Mark. Das Verhältnis der verfügbaren Standard-Ostrente zu der vergleichbaren Westrente steigt ab Juli 1998 von derzeit 85,2 auf rund 85,5 Prozent. Am 30. Juni 1990, dem Tag vor der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, hatte dieses Verhältnis – je nach Rentenbeginn der Ostrenten – noch zwischen rund 29 und 37 Prozent gelegen.

Bundesarbeitsminister **Norbert Blüm**: „Die Renten entwickeln sich wie die Einkommen der Aktiven. Dies gilt im Westen in gleicher Weise wie im Osten. Das ist praktizierte Generationensolidarität; Beitragszahler und Rentner sitzen in einem Boot.

Weil die Arbeitsverdienste in den neuen Ländern auch im vergangenen Jahr stärker

gestiegen sind als im Westen, werden dort auch die Renten stärker erhöht. Der Aufholprozeß setzt sich also fort. Nur so können wir das Ziel erreichen, daß es bei gleichhohen Arbeitsverdiensten in Ost und West auch gleichhohe Renten geben wird.“

Die Anpassung für die einzelnen Rentempfänger in den neuen Ländern kann sich sehr unterschiedlich auswirken, weil die aus Besitz- und Vertrauensschutzgründen zur Rente gezahlten Auffüllbeträge und Rentenzuschläge nicht anpassungs-

Norbert Blüm: Die Renten entwickeln sich wie die Einkommen der Aktiven. Dies gilt im Westen wie im Osten.

fähig sind und außerdem – wie schon bei den Rentenanpassungen in den Jahren 1996 und 1997 – weiter abgeschmolzen werden.

Eine allgemeine Aussage über die Veränderung der individuell verfügbaren Renten ist in ganz Deutschland nicht möglich, weil sich der Beitrag zur Krankenversicherung der Rentner nach dem Beitragsatz der jeweiligen Krankenkasse bemißt, bei der der Rentner versichert ist.

Die Renten und Pflegegelder der Unfallversicherung werden in den alten Ländern um 0,23 Prozent und in den neuen Ländern um 0,47 Prozent erhöht. Der Grund für die im Vergleich zur Rentenversicherung unterschiedlichen Anpassungssätze liegt darin, daß in der Unfallversicherung die Veränderung der Belastung der Renten nicht berücksichtigt wird.

Rekord bei Eigenheimgenehmigungen

Der Eigenheimbau war 1997 die Stütze der Baunachfrage und hat stabilisierend auf Bautätigkeit und Beschäftigung gewirkt. Dies wird auch in diesem Jahr so bleiben. Die Zahl der Genehmigungen, Indikator für die zu erwartenden Bauaufträge, ist weiter kräftig gestiegen.

Nach neuesten Zahlen wurden im Jahre 1997 mit über 165.000, das heißt 11 Prozent mehr Einfamilienhäuser genehmigt als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum, erklärte Bundesbauminister Eduard Oswald anlässlich der Fachkonferenz „Intelligentes Bauen“ im Rahmen der Internationalen Handwerksmesse in München.

Das äußerst günstige Zinsniveau, gesunkene Baupreise und teilweise auch gesunkene Baulandpreise bieten hierfür hervorragende Bedingungen. Wichtige Impulse setzt auch die seit 1996 verbesserte Eigenheimzulage, die besonders Schwellenhaushalte und Familien mit Kindern begünstigt. Die steuerliche Wohneigentumsförderung umfaßt in diesem Jahr allein 4,8 Milliarden Mark. Durch Umstellung der bisherigen progressionsabhängigen Förderung auf eine progressionsabhängige Zulage werden Haushalte an der Schwelle zum Wohneigentum stärker gefördert, als dies bisher der Fall war.

Die verbesserte Bausparförderung, die Wohneigentumsförderung im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus und das KfW-Programm für junge Familien, das gerade erst von zwei auf vier Milliarden Mark verdoppelt wurde, haben den Sprung ins Wohneigentum zusätzlich gefördert.

Belastungen mit Kapitalkosten um 1.000 Mark sind möglich

Diese Erfolge wollen wir fortsetzen und ausbauen, bekräftigte der Minister. Nach wie vor ist die Bundesrepublik das Land mit den höchsten Bau- und Bodenkosten in Europa. Wir müssen die vorhandenen Kostensenkungspotentiale durch effizientere Produktionsweisen, Vereinfachung der Baukörper und der Ausstattungsstandards sowie den Abbau technischer Regeln und Normen konsequent nutzen.

Gelingt es zum Beispiel die Gesamtkosten eines Objekts auf 300.000 Mark zu drücken, sind bei Familien mit zwei Kindern und einem Eigenkapital von 70.000 Mark unter Einbeziehung der Eigenheimzulage und des Baukindergeldes Belastungen mit Kapitalkosten um 1.000 Mark möglich. Mit solchen „1.000-Mark-Häusern“ eröffnen sich auch für den typischen Mieterhaushalt, der bisher nur von einem eigenen Haus träumen konnte, eine echte Realisierungschance.

Die Renten der Alterssicherung der Landwirte werden entsprechend dem Anpassungssatz in der Rentenversicherung in den alten Ländern um 0,44 Prozent und in den neuen Ländern um 0,89 Prozent angepaßt. Die Anpassung der Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung in den neuen

Ländern bewirkt dort auch eine Erhöhung der Kriegsofferrenten. Die Anpassung der Kriegsofferrenten in den alten Ländern erfolgt durch eine besondere Rechtsverordnung. Wie in der Unfallversicherung wird der Anpassungssatz hier 0,23 Prozent betragen.

Wolfgang Schäuble:

Was heißt soziale Gerechtigkeit heute?

I. Was soziale Gerechtigkeit ist und was soziale Gerechtigkeit bedeutet, das hat die Christlichen Demokraten in über 50 Jahren deutscher Nachkriegsgeschichte immer bewegt. Der Gedanke des sozialen Ausgleichs ist ein tragender Pfeiler in unserem Ordnungsmodell der sozialen Marktwirtschaft.

Sozial gerecht – das war und ist für uns eine Politik, die sich orientiert am Gedanken einer materiellen Sicherung, die jedem Menschen ein Leben in Würde und mit gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten garantiert. Sozial gerecht – das ist eine Politik, die sich orientiert am Gedanken der Chancengleichheit und des sozialen Ausgleichs für besondere Benachteiligungen und Belastungen, die sich orientiert am Gedanken der Vorsorge und der Absicherung in Lebenslagen wie Alter, Krankheit, Pflegebedürftigkeit, Arbeitslosigkeit, in denen der einzelne seinen Lebensunterhalt und den seiner Angehörigen nicht mehr aus eigener Kraft bestreiten kann.

Soziale Gerechtigkeit und Solidarität ergeben sich für Christen schon aus dem Gebot der Brüderlichkeit und Nächstenliebe. Der Mensch trägt Verantwortung nicht nur für sich selbst, sondern auch für seine Mitmenschen – für den nächsten wie für den fernsten. Das Ordnungsmodell der sozialen Marktwirtschaft erkennt das Gebot der Mitmenschlichkeit und Solidarität an, hat es inkorporiert, und weil das so ist, findet das Modell der sozialen Marktwirtschaft in der Soziallehre beider Kirchen Zuspruch und Unterstützung.

Solidarischer Ausgleich für Benachteiligungen und existentielle Lebensrisiken entbindet nicht von der Eigenverantwortung des einzelnen. Eigenverantwortung und Solidarität sind keine Gegensätze. Nur die freiheitliche Ordnung, in der jeder seine Kräfte einsetzt und entfaltet, ermöglicht soziale Hilfe und verhindert die Entmündigung der Bürger durch eine entmu-

Aus dem Festvortrag des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion aus Anlaß der Verleihung des Heinrich-Brauns-Preises an Wolfgang Vogt am 14. März in Essen

tigende Bürokratie. Subsidiarität und Solidarität gehören also zusammen.

Das Ordnungsmodell der sozialen Marktwirtschaft beruht neben dem Leistungsprinzip und dem Marktmechanismus auf den Grundsätzen der Solidarität und der Subsidiarität. Und die soziale Marktwirtschaft gilt heute weltweit als Vorbild, weil sie wirtschaftlichen Erfolg mit sozialer Stabilität verbindet, ja durch diese erst den nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg ermöglicht. Der Ausbau unseres Sozialstaats hat in Jahrzehnten den sozialen Frieden in unserem Land gewahrt. Auf diese Erfolge sind wir Christlichen Demokraten stolz.

Alle großen sozialen Gesetzgebungen der Nachkriegszeit sind von Christlichen Demokraten ins Werk gesetzt worden: von

der Verankerung der Tarifautonomie im Grundgesetz 1949, dem Kündigungsschutz 1951, dem Betriebsverfassungsgesetz und dem Mutterschaftsgesetz 1952 über die Einführung des Kindergeldes 1954, die große Rentenreform 1957, das Bundessozialhilfegesetz 1961, die Einführung des Wohngeldes 1965, das Arbeitsförderungsgesetz 1968 bis hin zu Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub und Anrechnung von Erziehungszeiten im Rentenrecht 1986 und der Pflegeversicherung 1994.

Alle diese Erfolge sind untrennbar mit herausragenden Politikern der christlichen Soziallehre und der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft verbunden: nach Kriegsende Namen wie Johannes Albers, einer der Gründerväter der CDU wie der CDA, Jakob Kaiser, erster Vorsitzender der Sozialausschüsse, Karl Arnold, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und Nachfolger Jakob Kaisers als Vorsitzender der Sozialausschüsse, Anton Storch und Hans Katzer als Bundesarbeitsminister, um nur die wichtigsten Persönlichkeiten zu nennen. Und für die letzten Jahrzehnte darf neben Norbert Blüm der Name des Mannes nicht fehlen, den wir heute ehren: Wolfgang Vogt.

Mit großer Sachkenntnis

Die Erfolge, die wir in der Amtszeit von Bundeskanzler Helmut Kohl erreicht haben, sind auch seine Erfolge. Wolfgang Vogt hat mit großer Sachkenntnis, mit Einfallsreichtum und Engagement eine Vielzahl von Initiativen vorangebracht im Bereich der Arbeitsmarktpolitik und des Arbeitsrechts, für den er in seiner Zeit als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium zuständig war, aber auch weit über diesen Bereich hinaus in der Finanzpolitik, im Steuerrecht, in der Rentenpolitik, beim Thema Vermögensbildung, in der europäischen Sozial-

politik – die Aufzählung ist noch lange nicht vollständig. Er hat seine Anstöße und Überzeugungen immer wohlbegründet vorgetragen, standhaft und furchtlos. Ich erinnere, daß Wolfgang Vogt in der DDR nicht hat studieren dürfen, weil er sich als Schülersprecher dafür eingesetzt hat, daß seine Schule nicht nach dem Kommunisten Thälmann, sondern nach den Geschwistern Scholl benannt werden sollte. Wer so frühzeitig bereit ist, für seine Überzeugungen auch harte Konsequenzen zu tragen, der läßt sich sein ganzes Leben so leicht nichts mehr abhandeln, jedenfalls nicht in den entscheidenden Fragen.

„Sie werden uns fehlen“

Es würde zu weit führen, den Lebensweg von Wolfgang Vogt in allen Einzelheiten ausbreiten zu wollen – als Rückgrat der Katholischen Arbeitnehmerbewegung in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus, als langjähriger Bürgermeister von Düren, als Bundestagsabgeordneter, Parlamentarischer Staatssekretär, zweimaliger Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Unsere erste Begegnung war – Sie werden das nicht mehr erinnern – um 1970. Ich war Vorsitzender der Jungen Union Südbaden und stolz darauf, mit Ihnen – und Elmar Pieroth – über Vermögenspolitik zu diskutieren. Und wenn man heute mit Ihnen an Traditionsstätten christlich-demokratischer oder katholischer Sozial-, Arbeitnehmer- und Bildungsarbeit wie im Kardinal-Frings-Haus oder im Adam-Stegerwald-Haus weilt und über aktuelle Fragen der Sozialpolitik diskutiert, dann spürt man fast körperlich die Kraft, die Ihnen aus geradliniger lebenslanger Arbeit für soziale Gerechtigkeit erwachsen ist und die Sie ausstrahlen. Deshalb denke ich ungern daran, daß Sie mit Ende dieser Legislaturperiode aus dem Bundestag ausscheiden. Sie werden uns fehlen, und wir brauchen Sie auch in Zukunft.

II. Es ist nicht die Zeit, sich auf Lorbeeren auszuruhen und niemand wird das mehr empfinden als der Mann, den wir heute ehren. Wir leben in einer Zeit weitreichender und tiefgreifender Veränderungen. Was gerade noch sicher und verlässlich schien, sieht sich in Frage gestellt. Alles scheint in Bewegung zu geraten. Das gilt auch für die soziale Marktwirtschaft, von der freilich schon Müller-Armack sagte, sie sei kein starres Schema, sondern ein dynamischer Prozeß, der auf veränderte Rahmenbedingungen flexibel zu reagieren vermöge.

„Globalisierung“ ist das Stichwort, das heute in aller Munde ist. Die Entwicklung moderner Kommunikationssysteme – für den Transport von Menschen, Gütern und vor allem Informationen – läßt Entfernungen schrumpfen und nimmt den Grenzen ihre trennende, aber auch ihre schützende Wirkung. Märkte wachsen zusammen, Entwicklungen in allen Teilen der Welt beeinflussen unser alltägliches Leben, jeder Standort steht in unmittelbarer Konkurrenz mit allen anderen in der Welt, Kapital ist unbegrenzt mobil, und Finanzströme sind fast schon virtuell.

Es wird so nicht bleiben

Der nationale Ordnungsrahmen durch Politik und Gesetzgebung kann in der globalisierten Welt nicht mehr leisten, was er bei Ludwig Erhard noch konnte, und Ersatz wächst aus europäischer Integration, Welthandelsordnung, G 8 oder Vereinten Nationen nur langsam und unvollkommen. Verteilungskonflikte werden global. 15 % der Weltbevölkerung in Mittel- und Westeuropa und Nordamerika verbrauchen 80 % aller Ressourcen, und wenn wir soziale Gerechtigkeit auch global verstehen wollen, dann darf das nicht so bleiben. Es wird auch nicht so bleiben.

Die Arbeitswelt verändert sich durch technischen Fortschritt, also Rationalisierung,

in atemberaubendem Tempo. Mit immer weniger Arbeit wird immer mehr produziert. Heute schon haben wir weltweit mehr Arbeitsplätze im tertiären Sektor als in der industriellen Produktion. Menschliches Wissen – gemessen an der Summe gedruckter Informationen – verdoppelt sich alle fünf bis sieben Jahre – kein Wunder, daß die Veränderungen im Laufe eines Berufslebens für unsere Kinder unendlich viel größer sein werden als noch vor ein, zwei Generationen.

Im Altersaufbau unserer Bevölkerung führen steigende Lebenserwartung und gesunkene Geburtenzahlen zu einer raschen Zunahme des Anteils der Älteren, und wie sich soziale Strukturen ändern, das möge allein der Hinweis andeuten, daß in deutschen Großstädten der Anteil von Ein-Personen-Haushalten bis zu 50 % beträgt.

Viele neue Fragen

So sieht sich unser Verständnis von sozialer Gerechtigkeit und von sozialem Ausgleich neuen Fragen gegenüber, auf die neue Antworten gefunden werden müssen. Kann sozialer Ausgleich überhaupt noch gelingen unter verschärften Wettbewerbsbedingungen und angesichts globaler Verteilungskonflikte, in Zeiten knapper Kassen, bei gleichwohl ungebremsst weitersteigenden individuellen Ansprüchen und Erwartungen? Ist soziale Gerechtigkeit praktikierbar unter der Bedingung eines gesellschaftlichen Nullsummenspiels, bei dem erst dem einen etwas genommen werden muß, bevor dem anderen etwas gegeben werden kann? Muß sich die Politik in der parlamentarischen Demokratie unter diesen Umständen nicht geradezu zwangsläufig auf Schritt und Tritt in den Kartellen der Besitzstandswahrer verfangen? Ist es unter den veränderten Bedingungen sozial verantwortlich, die sozialen Sicherungssysteme im gewohnten Umfang beibehalten zu wollen, wenn die Gefahr wächst, daß sie zusammenbrechen?

Ist es in der globalisierten Wirtschaft gerecht, sozial gerecht, einem Unternehmen, das sich im Wettbewerb behaupten will, zu verwehren, sich der internationalen Konkurrenz auch über die Kosten des Faktors Arbeit zu stellen, indem es sich von tarifvertraglichen Vorgaben freizumachen versucht? Ist also ein auf den nationalen oder regionalen Bezugsrahmen zugeschnittener Flächentarifvertrag im Zeichen der Globalisierung überhaupt noch sozial vertretbar? Gibt es umgekehrt Grenzen, sozioethische Grenzen der Flexibilität und Anpassungsbereitschaft? Können wir den Arbeitnehmern in Deutschland zumuten, mit dem Lohnniveau und damit dem Lebensstandard und dem Kulturniveau industrieller Schwellenländer in offene Konkurrenz zu treten? Wohl kaum. Sind wir dann aber nicht verurteilt, mehr oder weniger hilflos zuzusehen, wie die industrielle Basis in Deutschland dahinschwindet, weil wir nicht mehr nur Güter exportieren, sondern die Arbeitsplätze, an denen die Güter produziert werden, gleich mit?

Mit diesen und vielen anderen Fragen sind wir heute konfrontiert. Und daß sie real sind, das belegt mehr als alles andere die Lage am Arbeitsmarkt: steigende Arbeitslosigkeit bei wirtschaftlichem Wachstum, Ankündigung von Personalabbau als Anlaß für Aktienkurssprünge, wachsende Ausländerbeschäftigung, nicht nur bei Erntehelfern, sondern auf Baustellen, in der Gastronomie, in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen.

Schlagworte reichen nicht

Einfach abfinden dürfen wir uns damit nicht und deshalb müssen wir uns offensiv mit diesen Fragen auseinandersetzen, ohne Tabus, sonst werden wir die richtigen Antworten nicht finden. Wer glaubt, die Auseinandersetzung um die Zukunft unserer sozialen Wirtschaftsordnung lediglich mit Schlagworten wie Sozialabbau und Um-

verteilungspolitik bestreiten zu können, der beweist nur, daß er sich in den Schützengräben von gestern aufhält und von der gewaltigen Dimension der Veränderungen um uns herum wenig begriffen hat. Ich möchte demgegenüber wenigstens an einigen wenigen Beispielen verdeutlichen, wie ich mir praktikable neue Antworten auf die alte Frage nach sozialer Gerechtigkeit vorstelle.

III. Wenn wir heute über soziale Gerechtigkeit reden, müssen wir unser Augenmerk vor allem auf die Menschen lenken, die ohne Arbeit sind. Deshalb war das Motto der letztjährigen CDA-Bundestagung in Magdeburg richtig gewählt – Wolfgang Vogt hat es mitgeprägt: „Sozial ist, was Beschäftigung schafft“. Besser hätte man es nicht auf den Punkt bringen können.

„Arbeit für alle“

Besonders die Tarifpartner müssen sich diesem Motto stellen, denn ohne eine beschäftigungsorientierte Tarifpolitik wird es keine nachhaltige Absenkung der Arbeitslosigkeit in unserem Land geben. Die Tarifpartner tragen nicht nur Verantwortung für die Beschäftigten und deren Interesse an höheren Löhnen und tariflichen Zusatzleistungen, sie tragen auch Verantwortung für die Erwerbslosen und deren Interesse an einer Wiedereingliederungschance in den Arbeitsmarkt. Es darf nicht sein, daß Tarifverhandlungen geführt werden ohne Rücksicht auf die Beschäftigungswirkungen, nur die Interessen eines geschützten Kartells von Arbeitsplatzbesitzern vor Augen. Wenn steigende Arbeitslosigkeit der Preis und die unmittelbare Folge überhöhter Tarifabschlüsse ist, dann sind diese Tarifabschlüsse zu teuer erkauf.

Wer mehr Beschäftigung in Deutschland erreichen will, der muß Tarifabschlüsse tätigen, die unterhalb des Produktivitätsniveaus liegen – das wird von niemandem

ernstlich bestritten. Die moderaten Tarifabschlüsse in den letzten beiden Jahren haben dazu einen wichtigen Beitrag geleistet. An diesem Kurs muß festgehalten werden. Wer bereits heute das „Ende der Bescheidenheit“ einfordert, der hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Wir stehen nicht am Ende, sondern am Beginn einer neuen Bescheidenheit. Allerdings muß diese Bescheidenheit auch Früchte tragen. Die Arbeitgeber in Deutschland, vor allem im gewerblichen, im industriellen und im großindustriellen Bereich, stehen in der Pflicht, den verringerten Kostendruck jetzt auch zu nutzen und sehr viel mehr als bisher neue Arbeitsplätze einzurichten.

In der Industrie allein, auch in den großen Verwaltungen bis hin zu den Banken und Versicherungen, werden wir allerdings nicht so viele zusätzliche Arbeitsplätze finden, um das Ziel „Arbeit für alle“ zu erreichen. Da steht die Rationalisierung vor. Also müssen wir das Beschäftigungspotential im tertiären Sektor stärker erschließen, wo wir gegenüber vergleichbarer Ländern deutlich zurückliegen.

Das erfordert mentale Veränderungen gegenüber Dienstleistungen, neue Flexibilität im Arbeitsrecht wie in der Tarifpolitik, stärkere Lohnspreizung vor allem für geringer Qualifizierte. Grundsätzlich muß jede Arbeit, die in Deutschland getan werden muß und nachgefragt wird, auch für Deutsche zumutbar sein, und grundsätzlich muß jeder, wenn er arbeitet, mehr haben, als wenn er nicht arbeitet.

Neue Kombination

Weil aber die niedrigen Löhne, die für mancherlei Tätigkeiten aus Wettbewerbsgründen nur gezahlt werden können, nicht ausreichen, um ein nach unseren Maßstäben auskömmliches Einkommen zu sichern, brauchen wir neue Kombina-

tion und bessere Verzahnung von Arbeits- und Transfereinkommen, geringere Anrechnung auf Sozialhilfe, Kombilohn oder wie immer das im Einzelfall heißen mag.

Das muß Hand in Hand gehen mit einer durchgreifenden Reform der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse, denn deren Ausgestaltung blockiert bei uns jede Dynamik im Bereich von Niedriglohn- oder Teilzeittätigkeiten, und das ist eine der Ursachen, warum wir etwa im Vergleich zu den Niederlanden so wenig Flexibilität bei der Teilzeitbeschäftigung haben.

Besser als Arbeitslosigkeit

Vielfach wird eingewandt, es sei unwürdig, eine Tätigkeit anzunehmen, deren Entlohnung nur knapp oberhalb des Sozialhilfeniveaus liegt und die zu allem Überfluß auch noch das Dienen für andere Menschen zum Zweck hat. Mir scheint, von dieser Art Denken müssen wir uns freimachen.

Auch die geringer entlohnte und scheinbar weniger prestigeträchtige Beschäftigung ist immer noch besser als dauerhafte Arbeitslosigkeit.

Wir werden auch aller Voraussicht nach nicht mehr jedem einen traditionellen Vollzeitarbeitsplatz garantieren können – mit 38-Stunden-Woche, voller arbeitsrechtlicher und sozialversicherungsrechtlicher Absicherung, und dann 40 Jahre im selben Betrieb. Aber eine akzeptable Beschäftigungschance, sei es Teilzeit, sei es Einfacharbeitsplatz, sei es ein Beschäftigungsverhältnis auf gemeinnütziger Basis, das sollte jedem zugänglich sein. Das ist gemeint, wenn wir „Arbeit für alle“ propagieren, und das ist, wie ich finde, eine der elementaren Antworten, die wir geben auf die Frage, was uns soziale Gerechtigkeit heute bedeutet.

IV. Kapital ist mobiler als Arbeitskraft. Wer Kapital besitzt und über Kapital verfügt, der kann sich die Verwertungschancen heute rund um den Globus suchen, kann die günstigsten Anlagebedingungen wählen, die günstigsten Standortbedingungen. Der Arbeitnehmer aber bleibt auf den Verwertungschancen buchstäblich sitzen, die ihm sein lokaler, regionaler, nationaler Bezugsrahmen bietet. Rückschläge, die sein Standort erleidet, treffen ihn unmittelbar, seine Möglichkeiten auszuweichen sind in der Regel begrenzt. So eilt der Dax von Rekord zu Rekord, das Nettolohnniveau und die Beschäftigtenzahlen schrumpfen.

Das Auseinanderbrechen unserer Gesellschaft in einen Teil, der immer reicher wird, und einen anderen Teil, der in der modernen Welt Anschluß und Zukunft verliert, das entspricht nicht unserem Leitbild von sozialer Gerechtigkeit. Wenn gesamtwirtschaftlicher Wohlstand aus den Erträgen von Kapital und Arbeit entsteht und wenn der Anteil der Kapitalerträge stark zunimmt, dann müssen möglichst alle nicht nur Einkommen aus Arbeit, sondern eben auch Kapitalerträge haben. So werden auch variable Erwerbsbiographien möglich und erträglich.

Ein Gerechtigkeitsproblem

Wir haben auch in dieser Hinsicht ein Gerechtigkeitsproblem, das sich immer drängender stellt. Die Lösung kann nur bestehen in einer erheblich breiteren Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital, zumal über die Einführung investiver Lohnbestandteile. Die Arbeitnehmer in der Union, und allen voran Wolfgang Vogt, arbeiten seit langem daran, die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen auf breiter Basis voranzubringen, auch um eine weniger ungerechte Vermögensverteilung zumindest als Ziel nicht aus dem Auge zu verlieren. Und so freut es mich nicht nur für die Sache, sondern besonders auch

für Wolfgang Vogt, daß wir vor wenigen Tagen endlich den gemeinsamen Entwurf der Koalition zur Reform des Vermögensbildungsgesetzes im Bundestag beraten konnten, mit dem wenigstens ein Schritt für eine verbesserte Förderung von Investivlöhnen getan wird.

Der Begriff Investivlohn

Die Idee, Arbeitnehmer am Produktivvermögen teilhaben zu lassen und damit aus Mitarbeitern Miteigentümer zu machen, wurde bereits im letzten Jahrhundert von den Christlichen Gewerkschaften entwickelt. Der Begriff Investivlohn ist dann von Karl Arnold 1951 geprägt worden. Wolfgang Vogt hat die Idee in den 50er Jahren aufgegriffen und bis heute mit bemerkenswerter Geduld und Zähigkeit weiterverfolgt – zunächst als Journalist und Chefredakteur der „Ketteler Wacht“, Anfang der 70er Jahre im Rahmen des sog. Burgbacher-Plans, in den 80er Jahren unter Norbert Blüm als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. Im letzten Jahr hat er dann entscheidend dazu beigetragen, daß sich die christlich-sozialen Verbände für das Jahr 1997 das Motto „Investivlohn jetzt“ gegeben haben.

Unser Gesetzentwurf sieht vor, die Verwendung von Lohnerhöhungen zur betrieblichen oder überbetrieblichen Kapitalbildung zusätzlich anzuregen und in einem beachtlichen Umfang zu fördern. Damit kann Arbeitnehmern angesichts des bestehenden Zwangs zur Lohnzurückhaltung durch ihre Beteiligung an den Gewinnen der Unternehmen ein zusätzliches Einkommen gesichert werden. Die Eigenkapitalbasis der Unternehmen wird zusätzlich gestärkt, was wiederum zu mehr Investitionen anregt und zusätzliche Beschäftigung schaffen kann. Zugleich leisten wir auf diese Weise einen Beitrag zu mehr Selbstvorsorge angesichts eines ten-

denziell rückläufigen Niveaus sozialstaatlicher Sicherung, besonders im Alter. Vor allem aber bedeutet die Einführung des Investivlohns die konsequente Weiterentwicklung unserer sozialen Marktwirtschaft zu einer „Gesellschaft von Teilhabern“, wie dies bereits Ludwig Erhard forderte. Wolfgang Vogt hat hierzu einen entscheidenden persönlichen Beitrag geleistet. Dafür gebührt ihm Dank und Anerkennung.

Mühsamer Kompromiß

Der vorgelegte Gesetzentwurf ist ein einigmaßen mühsam zustande gekommener Kompromiß, wer wollte das leugnen – ein Kompromiß zwischen dem Wünschbaren und dem finanziell Darstellbaren, ein Kompromiß insbesondere auch zwischen den nicht leicht auf einen Nenner zu bringenden unterschiedlichen Vorstellungen innerhalb der Koalition. Aber das ist ein tragfähiges, weiter ausbaubares Konzept. Wir hoffen, daß sich der Bundesrat diesem Konzept nicht verweigern wird. Danach liegt es dann allein in der Verantwortung der Tarifpartner, die Chancen des neuen Gesetzes, das Anfang 1999 in Kraft treten soll, auch zu nutzen und einer breiteren Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital zum Durchbruch zu verhelfen.

V Angesichts der angedeuteten Veränderungen müssen wir nicht nur die Staatsquote begrenzen, um hinreichende wirtschaftliche Dynamik und Wettbewerbsfähigkeit zu bewahren, sondern wir müssen auch Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft fördern, um zukunftsfähig zu bleiben. Ein Zuviel an kollektiver Regelung lähmt, und sei alles noch so gut gemeint. Solidarität und Subsidiarität bedingen sich gegenseitig.

Angesichts der finanziellen Belastungen unserer Sozialversicherungssysteme – die Sozialleistungen belaufen sich in Deutschland immerhin auf ein Drittel unseres

Bruttoinlandsproduktes, also auf rund 1.200 Milliarden D-Mark jährlich – bleibt sparsame Mittelverwendung unverzichtbar.

Die Versicherten werden wir allerdings nicht zu sparsamer und sozial rücksichtsvoller Inanspruchnahme von Versicherungsleistungen bewegen können, wenn wir ihnen nicht die Chance einräumen, durch verantwortliches Verhalten zugleich die eigene Kostenbelastung zu reduzieren. Mit dieser Einsicht sind wir bei der Reform der gesetzlichen Krankenversicherung erfolgreich. Mittelverschwendung bei Gesundheitsleistungen kann eingedämmt werden, wenn diejenigen, die über die Inanspruchnahme von Leistungen entscheiden, für Sparsamkeit gewonnen werden können. Und das heißt Zuzahlung oder Eigenbeteiligung, soweit dies sozial zumutbar ist – und es funktioniert: Seit verganginem Sommer steigen die Ausgaben der Krankenkassen nicht mehr an. So bleibt die bestmögliche Gesundheitsversorgung wirtschaftlich tragbar, und die aus dem Lot geratene Balance von Solidarität und Subsidiarität kann wiederhergestellt werden.

Etwas Nützlichliches tun

Auch die „leistungslose“ Gewährung staatlicher Transferzahlungen trägt unvermeidlich den Keim des Mißbrauchs in sich. Wer diesen Zusammenhang leugnet, der riskiert, einem falschen Verständnis von Solidarität Vorschub zu leisten. Wer von der Gemeinschaft Unterstützung erfährt, der soll – soweit ihm das zuzumuten ist – auch etwas Nützlichliches für die Gemeinschaft tun. In dem vielbeachteten Diskussionspapier, das die beiden deutschen Kirchen Ende 1994 zu dieser und anderen Fragen vorgelegt haben, heißt es dazu: „Der soziale Gedanke ist (...) unvereinbar mit einer Vorstellung, wonach der einzelne das, was er mit eigenen Kräften leisten kann, nicht mehr erbringt und stattdessen auf Kosten der anderen leben will.“

Dies wäre erneut eine Form der Ausbeutung des Mitmenschen“.

Das Angebot ausweiten

Wir haben in Deutschland rund 700.000 arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger, dazu 1,3 Millionen Arbeitslose, die nach Auslaufen der Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung staatliche Transferleistungen beziehen. Es geht auf Dauer nicht an, daß der Staat Transferzahlungen wie Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe diesem Personenkreis ohne jede Gegenleistung zukommen läßt. Unser Ziel muß es sein, jeden arbeitsfähigen Empfänger solcher Transferzahlungen, dem kein Arbeitsplatz nachgewiesen werden kann, über die Kommunen mit gemeinnütziger Arbeit zu beschäftigen. Eine entsprechende kommunale Beschäftigungsförderung – immer mit dem Ziel einer späteren Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt – wird vielerorts mit Erfolg praktiziert. Uns geht es darum, dieses Angebot noch auszuweiten. Wenn es gelingt, Arbeitslosen auf diese Weise eine Beschäftigung zu verschaffen, das haben die Erfahrungen gezeigt, dann leisten wir damit zugleich einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung von Schwarzarbeit – einfach mangels Zeit und Gelegenheit. Auch die Bekämpfung von Sozialmißbrauch ist eine der Gerechtigkeitsfragen, die sich angesichts eines exorbitant gewachsenen grauen oder schwarzen Arbeitsmarktes immer drängender stellt.

VI. Neu nachdenken müssen wir zweifellos über die gerechte Verteilung der Lasten zwischen den Generationen. Der Generationenvertrag, auf dem unsere solidarische Rentenversicherung aufbaut, ist vor allem aus demographischen Gründen in eine Schieflage geraten. Die Geburtenzahlen sinken, und die Lebenserwartung der Menschen steigt, in

den nächsten Jahrzehnten auf über 80 Jahre. Mehr ältere Menschen und weniger Kinder. Das bedeutet, daß sich bis zum Jahr 2030 der Anteil der Menschen im Rentenalter am Anteil der im erwerbsfähigen Alter fast verdoppeln wird.

Wenn Generationensolidarität – die ja nicht nur die Grundlage bildet für unser System der Alterssicherung, sondern auch für Kranken- und Pflegeversicherung – wenn Generationensolidarität erhalten bleiben soll, dann müssen wir unsere sozialen Sicherungssysteme auf die sich abzeichnende demographische Schieflage hin neu justieren. Die Beitragsbelastung, die die Jüngeren im Rahmen der kollektiven Sicherungssysteme zu schultern haben, muß wieder in einem ausgewogenen Verhältnis stehen zu den Leistungen, die die Älteren aus diesen Systemen ziehen. Man hat errechnet, daß der Beitragssatz der gesetzlichen Sozialversicherung von heute rd. 42 % auf rd. 55 % im Jahr 2030 angehoben werden müßte, wenn die Entwicklung ungebremst weitergehen würde.

Die Renten steigen langsamer

Deswegen die Rentenstrukturreform 1999, mit der wir die finanziellen Folgen aus steigender Lebenserwartung und längerem Rentenbezug gleichmäßig auf beide Generationen verteilen. Deswegen sinken die Renten nicht, sie steigen nur langsamer. Und langsamer steigen müssen sie, denn sonst überfordern wir Wirtschaft und Beitragszahler mit zu hohen Beitragssätzen, und eine überforderte Wirtschaft und überforderte Beitragszahler könnten die Sicherheit der Renten nicht gewährleisten.

In einem zweiten Reformschritt werden wir insbesondere die Verantwortung der mittleren Generation für die künftige Generation von Beitragszahlern stärker berücksichtigen müssen. Die notwendige Vorsorgeleistung besteht ja nicht nur aus

der Beitragsleistung für die ältere Generation, sondern auch aus einer Erziehungsleistung für die künftige Generation von Beitragszahlern. Angesichts der Entwicklung der Geburtenzahlen und der wirtschaftlichen Einschränkungen, die Kinder heute für Eltern bedeuten und die andere nicht tragen, muß es eine Umverteilung geben zwischen Beitragszahlern mit Kindern und solchen ohne Kinder, und zwar möglichst so, daß Eltern in der Erziehungsphase etwas davon haben, und nicht erst dann, wenn sie später selbst Rentner geworden sind.

Neue Antworten

Mit der Diskussion über versicherungsfremde Leistungen darf von der Reformnotwendigkeit unserer Rentenversicherung nicht abgelenkt werden. Kinder sind im Generationenvertrag der dynamischen Rente nicht versicherungsfremd, und wer nur noch durch eigene Beiträge erworbene Rentenansprüche als nicht versicherungsfremd ansehen will, der kann gleich zur privaten Lebensversicherung gehen. Von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit bleibt dann aber nichts mehr übrig.

Generationensolidarität heißt im übrigen nicht nur, daß wir die Alten angemessen versorgen müssen, Generationensolidarität heißt auch, daß wir nicht auf Kosten derer leben dürfen, die nach uns kommen. Und das gilt nicht nur für die öffentliche Verschuldung, sondern auch für unseren Umgang mit der Umwelt und den Ressourcen. Auch da gilt: Wer Nachhaltigkeit will, die für die Gerechtigkeit zwischen den Generationen unverzichtbar ist, der darf nicht das Ende der Bescheidenheit predigen.

Unter so grundlegend veränderten Bedingungen, wie wir sie heute vorfinden, bedarf es vieler neuer Antworten auf die alte Frage, was als angemessener sozialer Ausgleich, was als sozial gerecht zu gel-

ten hat. So neuartig, so innovativ diese Antworten auch sein müssen – und wir werden noch ein beträchtliches Maß an Einfallsreichtum und Kreativität zu entfalten haben –, es ändert nichts daran, daß die Maßstäbe, an denen sich neue Lösungen zu messen haben, die altvertrauten sind. Solidarität, Subsidiarität, Chancengerechtigkeit, natürlich auch Leistungsge-

Chance zur Erneuerung

Worum es gehen muß, das ist die *renovatio*, die Erneuerung des Sozialstaats durch Rückbesinnung auf seine Wurzeln, auf seine tragenden Prinzipien von Anfang an, Prinzipien, die häufig verfremdet, verschüttet worden sind unter – ja, vielleicht unter allzu günstigen Bedingungen, die Sozialpolitik in Jahrzehnten wirtschaftlichen Wohlstands und gesellschaftlicher Stabilität vorgefunden hat.

Vielleicht liegt in den soviel schwieriger gewordenen Umständen gerade die große Chance zur kraftvollen Erneuerung des Sozialstaats aus dem Geist seiner Anfänge.

Ich bin sicher: Wolfgang Vogt wird an diesen und an anderen Fragen auch nach seinem Ausscheiden aus dem Bundestag weiter lebhaften Anteil nehmen. Das ist mein Wunsch für ihn und für uns, und dazu möge die Verleihung des Heinrich-Brauns-Preises beitragen.

Termin

Bundespräsident Roman Herzog hat am 27. Februar auf Empfehlung der Bundesregierung die Anordnung über die Bundestagswahl 1998 ausgefertigt. Die Wahl zum 14. Deutschen Bundestag findet am **27. September 1998** statt.

Kein genereller Abschiebestopp, aber großzügige individuelle Entscheidungen

Zu der Aussetzung von Abschiebungen von Kosovo-Albanern durch SPD-Länder erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Erwin Marschewski:

Ein genereller Abschiebestopp für Kosovo-Albaner ist weder aus tatsächlichen noch aus rechtlichen Gründen notwendig. Das Abschiebemoratorium der SPD-regierten Länder zugunsten von Kosovo-Albanern ist somit zu beenden. Im einzelnen ist folgendes festzustellen:

1. Nicht jeder Albaner im Kosovo wird politisch verfolgt. Ungeachtet der schwierigen Menschenrechtssituation von Albanern im Kosovo, die für mehr Autonomie eintreten, ist festzustellen, daß sich konkrete Verfolgungsmaßnahmen nur gegen eine kleinere Zahl der Kosovo-Albaner richten.

2. Nicht jeder Kosovo-Albaner, der jetzt abgeschoben werden soll, ist unter Berufung auf seine politische Verfolgung nach Deutschland geflüchtet. Vielmehr hat ein großer Teil von ihnen primär wegen der besseren wirtschaftlichen Situation Deutschland aufgesucht. Das hat bereits 1993/94 der Vorsitzende des Demokratischen Bundes Kosovo Dr. Ibrahim Rogova gegenüber dem deutschen Botschafter in Tirana bestätigt; die Situation hat sich

insoweit nicht verändert. Ein genereller Abschiebestopp begünstigte jedoch auch diese Wirtschaftsflüchtlinge.

3. Unser Ausländerrecht schreibt vor, daß vor jeder Abschiebung individuell zu prüfen ist, ob Abschiebungshindernisse bestehen. Hierzu zählen namentlich die Gefahr der Folter, der Todesstrafe und der Verletzung der Menschenrechtskonvention. Die individuelle Prüfung berücksichtigt jedes Einzelschicksal. Es gibt demnach auch ohne einen generellen Abschiebestopp keine „Regelungslücke“ zu Lasten der betroffenen Kosovo-Albaner.

4. Schlepper reagieren auch auf die von der Opposition entfachte Diskussion über generelle Abschiebestopps äußerst „flexibel“. Sie können angesichts eines Abschiebestopps jedem Ausländer versprechen, ihn nach Deutschland zu schleusen, wo er vergleichsweise vortreffliche Sozialleistungen erhält, ohne befürchten zu müssen, abgeschoben zu werden.

Generelle Regelungen nutzen eben nicht allein denjenigen, die unseres Schutzes bedürfen.

Daher: die CDU/CSU unterstützt Bundesinnenminister Kanther. Wie er lehnt auch sie einen generellen Abschiebestopp ab. ■

Der antitotalitäre Grundkonsens

ist das Thema einer Fachkonferenz, zu der die Konrad-Adenauer-Stiftung am **26. März ins Haus der Geschichte in Bonn** einlädt. Wie Prof. Dr. Hans-Joachim Veen, Leiter des Bereichs Forschung und Beratung der Stiftung, in die Einladung geschrieben hat, soll die Frage erörtert werden, wie verbindlich der Grundsatz heute noch ist, nach dem Demokraten mit links- oder rechtsextremen Parteien nicht zusammenarbeiten. Prof. Dr. Werner Müller von der Uni Rostock wird z. B. über „Kommunistische Bündnisstrategien des Machterwerbs“ sprechen.

Der ausufernde Mißbrauch unterhöhlt die Hilfsbereitschaft

Der Bundesrat hat Anfang Februar seine Initiative zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes gegen die Stimmen der rot-grün regierten Länder durchgesetzt und einen entsprechenden Gesetzesentwurf in den Deutschen Bundestag eingebracht. Ziel des Gesetzes ist es, den massenhaften Mißbrauch deutscher Sozialleistungen durch illegal in Deutschland lebende Ausländer zu erschweren.

Nach der bisher geltenden Regelung des Asylbewerberleistungsgesetzes ist nur die tatsächliche Anwesenheit im Bundesgebiet Voraussetzung für einen Leistungsanspruch. Das führte in der Vergangenheit häufig dazu, daß Ausländer auch dann Unterstützung erhielten, wenn sie sich illegal in Deutschland aufhielten oder nur deshalb nach Deutschland eingereist waren, um Sozialleistungen zu beziehen. Nach vorsichtigen Schätzungen beliefen sich die Ausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in den vergangenen Jahren auf etwa 5,5 Milliarden DM jährlich – die Kosten für Verwaltungs- und Gerichtsverfahren oder für die Inanspruchnahme behördlicher Leistungen sind dabei noch nicht einmal berücksichtigt.

Nach der jetzt vom Bundesrat ohne die Stimmen der rot-grün regierten Länder beantragten Gesetzesänderung sollen diese nicht mehr zu rechtfertigenden Ausgaben für illegal in Deutschland lebende Ausländer drastisch eingeschränkt werden. In Zukunft werden in diesen Fällen nur noch unabweisbar gebotene Sachleistungen, wie zum Beispiel Unterbringung in Sammelunterkünften, Verpflegung sowie Krankenhilfe bei schwerer Krankheit erbracht werden. Davon sind im einzelnen folgende Personengruppen betroffen:

1. Personen, die nur deshalb nach Deutschland kommen, um Sozialleistungen zu erhalten – eine solche Regelung ist bereits selbstverständlicher Bestandteil im Bundessozialhilfegesetz. Damit werden dem massenhaften Asylmißbrauch – die Anerkennungsquote liegt seit Jahren deutlich unter 10 Prozent – und zugleich dem mit deutschen Sozialhilfegeldern mitfinanzierten Schlepperunwesen auf Dauer der Boden entzogen.

Kürzungen der Leistungen an Ausländer bei illegalem Aufenthalt in Deutschland auf den Weg gebracht. Bundestag muß Gesetz schnellstmöglich verabschieden, notfalls auch gegen die Opposition

2. Personen, die ausreisepflichtig sind, aber nicht abgeschoben werden können, weil sie ihre Papiere vernichtet haben. So können in Hamburg etwa 2000 als Asylbewerber abgelehnte Schwarzafrikaner aus diesem Grund nicht abgeschoben werden. Mit Unterstützung vom Sozialamt halten sie sich als Drogendealer über Wasser.

3. Personen, die nicht freiwillig ausreisen, obwohl dies rechtlich und tatsächlich möglich wäre – hierunter fallen zum Beispiel Vietnamesen, die zur Ausreise aus Deutschland verpflichtet sind und die freiwillig hätten ausreisen können; ihre Abschiebung scheiterte allein an der Weigerung der Behörden ihres Heimatstaates, sie im Rahmen eines Abschiebeabkommens zurückzunehmen.

Besondere Ost-Präferenz bis zum Jahr 2004

Zur Reform der Vermögensbildung und der vorgesehenen stärkeren Förderung in den neuen Ländern erklärte der Sprecher der ostdeutschen CDU-Bundestagsabgeordneten, der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Krüger:

Die ostdeutschen CDU-Bundestagsabgeordneten begrüßen die Aufnahme einer spezifischen Komponente für ostdeutsche Arbeitnehmer im Gesetzentwurf zur Reform der Vermögensbildung. Danach soll es für die Anlage in Beteiligungen künftig einen zusätzlichen jährlichen Förderbeitrag von 1.000 DM im Osten geben, der mit einer Zulage von 20 Prozent begünstigt wird. Diese besondere Ost-Präferenz läuft bis zum Jahr 2004.

Das niedrige Niveau des Privatvermögens ostdeutscher Bundesbürger gehört zu den Hinterlassenschaften des Sozialismus. Heute schränkt dies

nicht nur die Möglichkeiten privaten Konsums ein, sondern hemmt auch die aktive wirtschaftliche Betätigung. Eine verbesserte Vermögensbildung ist deshalb in den neuen Ländern besonders vordringlich.

Mit der angestrebten Förderung der betrieblichen Vermögensbildung werden dabei zwei Fliegen zugleich mit einer Klappe geschlagen: Für die betroffenen Firmen wird die betriebliche Vermögensbildung unmittelbar eigenkapitalverstärkend wirken. Sie können dann Markt- und Wachstumschancen besser nutzen und Arbeitsplätze sichern bzw. neue schaffen.

Für den Arbeitnehmer wird eine lukrative Anlagemöglichkeit eröffnet, mit der er am wirtschaftlichen Erfolg seines Arbeitgebers unmittelbar teilnehmen kann. Zukunftsinvestitionen in diesem Bereich werden eine vielfache Dividende in Form von an anderer Stelle ersparten Sozialleistungen bringen.

Entgegen oft verbreiteter Meinung fallen Flüchtlinge, die aus humanitären Gründen Abschiebungsschutz genießen, nicht unter die geplanten Neuregelungen. Von den Regelungen betroffen sind also nur diejenigen, die auch nach den großzügigen Regelungen des deutschen Asyl- und Ausländerrecht kein Recht (mehr) haben, in Deutschland zu bleiben. Eine Begrenzung von Leistungen auf das unerlässlich Notwendige für diese Gruppen ist dringend geboten, zumutbar und verstößt auch nicht gegen das Sozialstaatsprinzip. Der ausufernde Mißbrauch des geltenden Rechts, wie er in der Vergangenheit zu beklagen war, ist nicht nur mit der Situation der öffent-

lichen Haushalte unvereinbar, er unterhöhlt auch auf Dauer die Hilfsbereitschaft der deutschen Bevölkerung gegenüber Flüchtlingen. Darüber hinaus kann er die Akzeptanz gegenüber Ausländern generell gefährden.

Kein rot-grün regiertes Land hat dem Bundesratsantrag zugestimmt. SPD und Grüne haben nun innerhalb der Verhandlungen im Deutschen Bundestag eine letzte Chance, ihre Glaubwürdigkeit im Bereich der Ausländerpolitik unter Beweis zu stellen. Humanitäre Flüchtlings- und Ausländerpolitik bemißt sich nämlich nicht am Umfang der aufgestellten Forderungen, sondern an deren praktischer Umsetzung.

Was die Linken wirklich wollen

Die politischen Wunschvorstellungen von SPD, Grünen und PDS

Stichwort Akustische Wohnraumüberwachung

SPD

Erst beschloß die SPD mit der Mehrheit des Deutschen Bundestages die Änderung des Grundgesetzartikels 13 und das Gesetz zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität. Dann stimmte sie geschlossen mit Grünen und PDS im Bundestag für die Aufweichung des Gesetzes und schränkte die Möglichkeit des Abhörens wieder ein. Wegen der SPD wurden nun mehr als 20 Berufsgruppen vom Abhören ausgenommen, darunter u. a. Hebammen, Apotheker, Steuerberater, Zahnärzte, Journalisten und sogar Hilfspersonal im Medienbereich.

GRÜNE

„Den großen ‚Lauschangriff‘ als Eingriff in die Grundrechte lehnen wir ab.“

(Bundestagswahlprogramm 1998 von Bündnis 90/Die Grünen)

PDS

„Der große Lauschangriff ist nichts anderes als ein massiver Eingriff auf die Demokratie schlechthin“, behauptet der PDS-Bundestagsabgeordnete Heinrich Graf von Einsiedel. Gregor Gysi und Lothar Bisky versteigen sich in einem Schreiben an Manfred Stolpe sogar zu einem Vergleich mit dem DDR-Überwachungsstaat: „Sie und wir kommen aus der DDR, wir drei wissen, wohin es führt, wenn unter dem Deckmantel der Zweckmäßigkeit zur Erreichung eines bestimmten Zieles Bürgerrechte eingeschränkt werden.“ (MdB-Pressedienst der PDS vom 3. 2. und 4. 2. 1998)

Die CDU ist der Auffassung, daß der Schutz der Bevölkerung vor skrupellosen Verbrechern durch die Entscheidung von SPD, Grünen und PDS ausgehöhlt wird. Die CDU wollte zunächst keine Ausnahmen zulassen, war jedoch zu einem Kompromiß mit der SPD bereit, der die Berufsgruppen der Strafverteidiger, Geistlichen und Abgeordneten von der akustischen Wohnraumüberwachung ausnehmen sollte. Dies war die Grundlage für die notwendige Grundgesetzänderung. Durch das Abstimmungsverhalten von SPD, Grünen, PDS im Bundestag wurden die Ausnahmen nun in absurder Weise ausgedehnt. Durch diese unsinnige Regelung wird die Möglichkeit der Strafverfolgung von Verbrechern wieder zurückgedreht und zugleich die jetzige Lage verschlechtert.

„Ganz dicht dran“ an der Vetternwirtschaft

Neuer Filz-Vorwurf der CDU gegen eine Ministerin der Grünen: Die stellvertretende Ministerpräsidentin von Sachsen-Anhalt, Umweltministerin Heidrun Heidecke, soll Mitarbeitern großzügige Nebeneinkünfte ermöglicht haben. Sie haben Gutachten für das eigene Ministerium geschrieben.

Erst Ende Februar war die Grünen-Politikerin Margarete Nimsch als hessische Umweltministerin zurückgetreten. Der Filz-Vorwurf: Sie soll das Unternehmen einer Parteifreundin bei einem Auftrag bevorzugen haben.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Kurt-Dieter Grill: Heidrun Heidecke habe zwei Ministeriumsbediensteten die Genehmigung erteilt, an einem 2,1 Millionen Mark teuren Gutachten über das Naturschutzge-

biet Drömling an der Grenze zwischen Sachsen-Anhalt und Niedersachsen mitzuarbeiten. Die beiden erhielten dafür 10.000 bzw. 3.000 Mark Honorar.

Unglaublich

Kurt-Dieter Grill: „Es ist unglaublich, daß die Mitarbeiter die Erlaubnis für die Nebentätigkeit bekommen haben. Das Gutachten hätten sie während der Dienstzeit schreiben müssen – ohne zusätzlich Geld zu bekommen.“

Er vermutet hinter der Gutachter-Affäre Vetternwirtschaft: „Das ist ganz dicht dran.“ Die Ministerin habe persönliche Gründe für die Gefälligkeit gehabt, so Grill.

Noch unverschämter geht es nicht

Wenn es um die Landesheiligen Brandenburgs geht, verhält sich die SPD-Regierung in Potsdam päpstlicher als der Vatikan. Nie im Leben würde dort am Heiligenschein von Manfred Stolpe gekratzt, und gäbe es noch ein Dutzend Stasi-Indizien gegen den Ministerpräsidenten. Völlig sakrosankt ist die heilige Regine. Wer der Sozialministerin und Schutzfrau aller Mühseligen und Beladenen zu nahe tritt, muß mindestens mit Exkommunikation rechnen. Und wenn es der Generalstaatsanwalt selber ist.

Erardo Rautenberg läßt es an der nötigen Demut vor Regine Hildebrandt fehlen. Er geht dem Verdacht nach, sie habe bei all ihren guten Taten die Steuergelder nicht ordnungsgemäß eingesetzt. Immerhin steht deswegen eine ganze Reihe ihrer Mitarbeiter vor Gericht. Doch solche Ermittlungen gelten in Brandenburg als Blasphemie und werden sofort geahndet. Kein Geringerer als SPD-Landeschef und Kulturminister

Steffen Reiche drohte dem Staatsanwalt, er solle sich einen anderen Job suchen, wenn er Regine nicht in Ruhe lasse. „Ich wüßte, was ich an seiner Stelle täte: Es gibt viele schöne Jobs in Deutschland“, sagte Reiche.

Noch dreister, noch unverschämter kann man nicht erklären, was man vom Rechtsstaat hält. Statt dem jungen Mann, der früh in höchste Ämter kam, auf die Finger zu hauen, zeigt die Regierungspartei auch noch „Verständnis“ für diese Entgleisung. Und der Justizminister empfiehlt dem Staatsanwalt sogar, sein Vorgehen zu überprüfen. Offenbar sind alle Maßstäbe verrutscht. Da ist Nachhilfe in den Fächern Rechtsstaat und Gewaltenteilung dringend nötig. Sonst wird am Ende noch Reiche seliggesprochen. Und dann, Rautenberg, auf die Knie und ab zur Anbetung!

Süddeutsche Zeitung

Gegen Kollektivismus und Neoliberalismus

Die evangelischen Kirchen in Nordrhein-Westfalen diskutierten mit der CDU

Der Kern des christlichen Menschenbildes stand im Zentrum einer Tagung in der Evangelischen Akademie in Mülheim an der Ruhr am 11. März. Vertreter der evangelischen Kirchen in Nordrhein-Westfalen diskutierten mit der CDU über „Herausforderungen in Sozialpolitik und Bildung“. Über das Thema „Das christliche Menschenbild im sozialpolitischen Umbruch“ sprachen Bundesarbeitsminister Norbert Blüm für die CDU in Nordrhein-Westfalen und Manfred Kock, Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland.

Norbert Blüm vertrat die These: „Ohne den Sozialstaat ist die Marktwirtschaft nicht funktionsfähig“, Sozialstaat und Rechtsstaat und Ökonomie seien keine „geborenen Gegensätze“, sondern miteinander zu versöhnen. Die Krise der „Tigerstaaten“ oder auch die hohe Kriminalität in den USA zeigten, wohin Marktwirtschaft pur führen könnte. Sowohl gegen Adam Smith als auch gegen Karl Marx betonte Blüm: „Das christliche Menschenbild folgt weder Liberalismus noch Kollektivismus. Der Mensch ist sowohl einmaliges Individuum als auch Gemeinschaftswesen!“

Die Prinzipien Eigenverantwortung und Solidarität müssten miteinander verbunden werden. Die Chance der Selbstverwirklichung für jeden einzelnen in der Arbeit sei „das Bewährungsfeld für das christliche Menschenbild“, sagte der Arbeitsminister. „Die Arbeit hat Zukunft in Deutschland“, zeigte sich Blüm optimistisch. Er nannte vor allem die Herstellung „intelligenter Güter“ und den kundenorientierten Dienstleistungsbereich.

Der rheinische Präses Manfred Kock warnte vor „Trends zur Spaltung in unserem Land“, die gebrochen und umgekehrt werden müssten. Außerdem solle man Globalisierung nicht nur ökonomisch denken. Er erinnerte an die fünf Grundorientierungen des „Sozialwortes“ der beiden großen Kirchen in Deutschland: Das Gebot der Gottes- und Nächstenliebe, die vorrangige Stellung der Schwachen, das Leitbild der sozialen Gerechtigkeit, die Prinzipien „Solidarität und Subsidiarität“ sowie die Verantwortung für die zukünftigen Generationen.

Zuvor war bereits über das Bildungssystem und den Religionsunterricht in der Schule diskutiert worden. In der Kritik stand dabei auch die Denkschrift der Landesregierung „Zukunft der Bildung, Schule der Zukunft“.

Thomas Rachel, Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Nordrhein-Westfalen, verwies auf die gemeinsame Basis von Kirchen und CDU, den christlichen Glauben. Die „Bildung der Persönlichkeit“ in den Schulen müsse auch eine religiöse Dimension haben. Gegen Werteverlust, Gleichgültigkeit und Egoismus betonte Rachel: „Prinzipien wie Solidarität und Verantwortung müssen gelernt werden!“

Der Generalsekretär der CDU Nordrhein-Westfalen, **Herbert Reul**, kritisierte die Bildungsdenkschrift der Landesregierung. Sie zeige ein rein „materialistisches Menschenbild“, ihre einzigen historischen Wurzeln seien die Aufklärung und die Französische Revolution. Die CDU wehre sich gegen eine „wertneutrale Religionskunde“ und gegen einen rein fachübergreifenden, vermischten Unterricht in elementaren Fächern.

Argumente

Zur
internationalen
Vergleichbarkeit von Arbeitslosenquoten

Politische Argumente leben vom Vergleich und beziehen daraus einen wichtigen Teil ihrer Überzeugungskraft. Um so treffender müssen Vergleiche sein, und schon gar nicht darf Unvergleichbares zusammengebracht werden, wenn es sich um sensible Themen wie Arbeitslosigkeit handelt.

Eurostat und die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit kommen z. B. für das Jahr 1996 zu sehr unterschiedlichen Arbeitslosenzahlen in Deutschland. Woran liegt das?

Zunächst ist bei den nationalen Arbeitslosenstatistiken zu unterscheiden:

- zwischen der Erfassung der Arbeitslosen durch Zählung bei den Arbeitsämtern und
 - der Hochrechnung aufgrund von Stichprobenbefragung der Bevölkerung.
- Gemeinsame Grundlage ist die Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO):

- ▶ hat keine Arbeit,
- ▶ sucht Arbeit,
- ▶ ist verfügbar für jede zumutbare Arbeit.

Neben den zusätzlich erforderlichen spezifischen versicherungsrechtlichen Voraussetzungen liegt diese Definition dem Anspruch auf Arbeitslosengeld zugrunde.

Beim nationalen Arbeitslosenversicherungsrecht beginnen aber die Unterschiede – nach

- Abgrenzung der Mindestarbeitsstunden, für die man Arbeit sucht,
- Abgrenzung der Mindestdauer, für die man Arbeit sucht,
- Altersgrenze für den Rentenbeginn,
- Mindestalter für den Zugang zum Arbeitsmarkt,
- Dauer des möglichen Leistungsbezuges in der Arbeitslosenversicherung und nach
- Kontrollen der Arbeitsverwaltung.

In Deutschland werden neben den Leistungsempfängern von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe auch Nichtleistungsbezieher gezählt, wenn sie die Voraussetzungen der Arbeitslosendefinition erfüllen. Andernfalls werden sie nicht als Arbeitslose, sondern als nichtarbeitslose Arbeitssuchende erfasst und bleiben außerhalb der Arbeitslosenstatistik.

In Großbritannien waren bis vor kurzem Leistungs- und Vermittlungsbehörde voneinander getrennt. Als arbeitslos wurden nur Personen mit Leistungsanspruch gezählt.

In Deutschland gilt seit Inkrafttreten des Sozialgesetzbuchs (SGB) III am 1. Januar als neue Voraussetzung für Arbeitslosigkeit eine gesuchte Arbeit oberhalb der Geringfügigkeitsgrenze. Das

heißt, daß diejenigen nicht arbeitslos sind, die eine Arbeit haben, die oberhalb dieser Grenze liegt.

Geringfügig beschäftigt sind in Deutschland Arbeitnehmer/innen, die weniger als 620 Mark in den alten bzw. 520 in den neuen Ländern verdienen oder weniger als 15 Stunden arbeiten.

In Spanien, Italien, Luxemburg, Dänemark und in den Niederlanden ist auch die Suche nach Teilzeitarbeit Voraussetzung für Arbeitslosigkeit.

In Frankreich, Irland und Großbritannien werden dagegen nur Arbeitsuchende als arbeitslos gezählt, die eine Vollbeschäftigung suchen.

Unmittelbarer Einfluß auf die Statistik

In einem Land, das nur Vollzeitarbeitslose kennt, führt der Trend zu mehr Teilzeitbeschäftigung automatisch zu einer Verkleinerung der Arbeitslosenzahl.

In einem Land, das – wie Großbritannien – nur Leistungsempfänger als arbeitslos zählt, führt jede Verengung der Anspruchsberechtigung ebenfalls automatisch zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Die beschränkte Aussagekraft von Arbeitsmarktzahlen bei Eurostat:

Auf der Basis von 0,35 Prozent der Bevölkerung führen die statistischen Ämter der EU-Mitgliedsländer einmal im Jahr eine Stichproben-Befragung durch. Als arbeitslos wird dabei gezählt, wer im Befragungszeitraum

- keine Arbeit hat (nicht einmal eine Stunde Gelegenheitsarbeit)

- Arbeit aktiv sucht, und sei es auch nur Arbeit für eine Stunde, und
- verfügbar ist.

Die Frage, ob Arbeitslosengeld bezogen wird, spielt dabei keine Rolle.

Diese Art der Befragung führt zu folgenden Verfälschungen:

■ **Einerseits** kann jemand bei der Arbeitsverwaltung als Arbeitsloser registriert sein, der im Befragungszeitraum keine Arbeit gesucht hat bzw. keine Arbeit mehr sucht, weil er beispielsweise nach vergeblichen Bewerbungen die Hoffnung auf Arbeit aufgegeben hat.

In den USA, die ebenfalls die Stichprobenerhebung anwenden, wird aus diesem Grund neben der Arbeitslosenzahl auch die Zahl der Demotivierten erfaßt.

■ **Andererseits** werden bei Eurostat auch Personen als arbeitslos gezählt, die sich nicht beim Arbeitsamt melden, obwohl sie keine Arbeit haben und Arbeit suchen – wenigstens für eine Stunde Gelegenheitsarbeit.

Die Nachteile der Eurostat-Statistik:

Die Erhebung findet nur einmal im Jahr statt. Die Auswertung dauert viel zu lange. Nach Geschlecht, Alter und sonstigen Merkmalen der Arbeitsuchenden wird nicht gefragt. Die Gefahr nichtrepräsentativer Zufallsergebnisse ist bei der Stichprobengröße von nur 0,35 Prozent unkalkulierbar.

NEU IM VERSANDZENTRUM

- Bestellschein -

Fax: 0 54 23 / 4 15 21

Absender/ Rechnungsanschrift:

--	--	--	--

CDU-Verband

LV/KV-Nr

Ansprechpartner

Straße

Plz. Ort

Tel. Nr.

Bertelsmann-Distribution
Herrn Simon
Postfach 1164
33759 Versmold

Ja,
ich bestelle:

..... Expl. **LASS' DICH NICHT ANZAPFEN!**
Poster DIN A1, Bestell-Nr. 7333, zum Preis von 30,- DM je 50 Expl.

LASS' DICH NICHT ANZAPFEN!



CDU

..... Expl. **„5 Mark pro Liter Benzin - Nein zu Rot-Grün**
Aufkleber, Bestell-Nr. 9334, zum Preis von 10,- DM je 100 Expl.



..... Expl. **5 Mark pro Liter Benzin - Mit uns nicht!**
Aufkleber, Bestell-Nr. 9335 zum Preis von 10,- DM je 100 Expl.



Datum, Unterschrift

alle Preise zzgl. MwSt. und Versand

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.

● **Schröder**
Widersprüche und
Fehlleistungen

Broschüre, DIN A4, 18 Seiten
Bestell-Nr.: **5318**
Verpackungseinheit: 25 Expl.
Preis je 25 Expl.: 22,00 DM
zzgl. MwSt. und Versand

Alle Preise zzgl. MwSt.
und Versand*

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum
Postfach 11 64
33759 Versmold
Fax (0 54 23) 4 15 21
E-Mail:
georg.simon@
bertelsmann.de

(*Bei Bestellungen bis
zu einem Warenwert von
50 DM wird eine
Versandkosten-
pauschale in Höhe von 5
DM erhoben.)

Für eine erfolgreiche Bundestagswahl 1998

Schröder
Widersprüche und
Fehlleistungen

Handreichung
für die Auseinandersetzung mit
dem SPD-Kandidaten

CDU

UiD

9/1998

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den In-**
halt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg
Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, **Telefon**
(02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:**
Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113
Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119.
Vertrieb: Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Pro-
fittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr.
7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504
(BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 60,- DM.
Einzelpreis 1,60 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlags-
anstalten GmbH, Düsseldorf.